

# Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 267.

Dienstag, 14. November 1922.

29. Jahrgang.

## Sozialdemokratie gegen Volkspartei.

Berlin, 13. November.

Im Anschluß an eine kurze Reichstagsfraktion traten die Fraktionen des Reichstages zusammen, um sich mit der von den bürgerlichen Parteien angestrebten Regierungsumbildung zu befassen. Das Zentrum beschloß einstimmig, die große Koalition zu fordern, das gleiche verlangten die Demokraten, die als Partei der Inkonsistenz zweifellos äußerst stark unter dem Druck der Volkspartei bei ihrer Beschlussfassung gestanden haben. Der Reichskanzler schloß sich den Forderungen der bürgerlichen Parteien ausdrücklich an und erklärte Vertretern der Sozialdemokratischen Fraktion, daß es in dieser Situation nur zweierlei gebe, entweder Verwirklichung der großen Koalition oder Rücktritt des Kabinetts Wirth. Vier Stunden lang beschäftigte sich die Fraktion dann mit der expresserischen Taktik der bürgerlichen Parteien. Sie faßte gegen eine einzige Stimme folgenden Beschluß:

„Die Fraktion erklärt, daß sie an der Forderung der Stabilisierung der Mark, als der wichtigsten Forderung der inneren und auswärtigen Politik festhält und nur ein Kabinett unterstützen kann, das diese Politik konsequent vertritt. Sie erblickt in der bisherigen Stellungnahme der Deutschen Volkspartei keine Garantie für die Durchführung der Stabilisierungsaktion und damit für die Förderung der endgültigen Lösung des Reparationsproblems.“

Als die Sozialdemokratie anlässlich des Rathenau-Mordes die Notwendigkeit einer Einigung der Arbeiterschaft erkannte, eine Arbeitsgemeinschaft mit den Unabhängigen bildete und dann eine Erweiterung der Regierung nach links forderte, um die Politik des Kabinetts Wirth zu stützen, wurde dieses Ansinnen von allen bürgerlichen Parteien mit der Begründung abgelehnt, Arbeitsgemeinschaft heißt noch nicht Fraktionsgemeinschaft. Aus Furcht vor der Stärke der vereinten Partei haben sich dann Zentrum, Demokraten und Volkspartei selbst zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, und heute fordern sie von uns offiziell das, was sie als unsere Forderung vor Monaten ablehnten. Entweder Koalition mit der Volkspartei, oder Rücktritt der Regierung Wirth, ist ihre endgültige Forderung geworden. Das ist eine Expresserische, die ihresgleichen sucht, und diese Politik ist umso schwerwiegender, als sie beschritten wird in einer Zeit, wo die Not des Volkes nicht mehr größer werden kann, wo Stetigkeit in der Geschäftsführung des Deutschen Reiches die erste Voraussetzung für die Gesundung unseres wirtschaftlichen und politischen Lebens bilden.

Die bürgerlichen Parteien veranstalteten die neueste Krise, ohne daß ernsthaft Anlaß dazu gegeben war. Trotzdem glaubte die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion diese Expresserik nicht mit gleichen Mitteln beantworten zu dürfen. Das Vaterland über die Partei ist und bleibt ihr Grundgesetz, und die Not des Volkes liegt ihr zu stark am Herzen. Der Faschismus nach italienischem Muster ist in Süddeutschland und Norddeutschland in bester Vorbereitung. Die Mark droht gänzlich zusammenzubrechen; sie kann eine mehrjährige, viel weniger wochenlange Krise nicht vertragen. Neuer Marksturz bedeutet Vergrößerung des

Glücks und des an und für sich schon übergroßen Leidens der Arbeiterschaft, Verwirklichung des Faschismus in Deutschland heißt „Gefahr für die Republik“. Zu den innenpolitischen Motiven kamen aber auch außenpolitische Momente, die die Fraktion veranlaßten, ein Zusammenarbeiten mit der Volkspartei nicht ohne weiteres konsequent abzulehnen. Der Träger der bisher geführten Außenpolitik war im wesentlichen die Sozialdemokratische Partei. Dieser Politik ist die Einsicht zu verdanken, die sich in ausländischen Finanz- und Wirtschaftskreisen auf die Dauer langsam durchgesetzt hat, und dieser Politik kommt es schließlich zugute, wenn vielleicht schon in allernächster Zeit eine Lösung der Reparationsfragen, die für uns erträglich scheint, eintritt. Unser Bestreben muß deshalb sein, diese Politik auch unter veränderlichen politischen Verhältnissen so lange fortzusetzen, als es das Interesse des deutschen Volkes gestattet.

### Auch die Volkspartei will nicht.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat an den Reichskanzler anlässlich der Besprechungen über die Umbildung der Regierung folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Unter Bezugnahme auf die von Ihnen mit Vertretern unserer Fraktion am Sonnabend, dem 11. ds. Mts., geführten Verhandlungen teile ich im Auftrage unseres Fraktionsvorstandes folgendes mit:

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat niemals Zweifel darüber gelassen, daß sie bereit ist, die Kräfte der Partei für ein positives Zusammenwirken auf breiter Basis zur Verfügung zu stellen, wenn eine Übereinstimmung über die Grundlagen der Außenpolitik, über die angesichts der jetzigen Situation nötigen wirtschaftlichen Maßnahmen und über die innerpolitischen Fragen sich erzielen ließe. Auf dieser Grundlage sind die Verhandlungen geführt worden, die innerhalb der Arbeitsgemeinschaft und mit der Vereinigten Sozialdemokratie in den letzten Wochen stattgefunden haben. Aus dem Bericht des „Vorwärts“, des Zentralorgans der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Nr. 264, ersehen wir, daß die Vertreter der Sozialdemokratie Ihnen bei den vor unserem Zusammensein geführten Verhandlungen keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß nach ihrer Auffassung ein gemeinsames Programm mit der Deutschen Volkspartei und damit die große Koalition unmöglich sei.“

Diese Haltung der Vertreter der Sozialdemokratie war uns bei den mit Ihnen, Herr Reichskanzler, geführten Verhandlungen nicht bekannt gegeben. Wir hätten Ihnen sonst bereits bei diesen Verhandlungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Benennung von Persönlichkeiten bei der Besetzung wichtiger Ämtern in einem umzubildenden Reichsministerium von uns abgelehnt werden müßte, wenn diese von uns vorzuschlagenden Persönlichkeiten damit gewissermaßen als außerhalb der Deutschen Volkspartei stehend angesehen werden. Wir verlangen von denjenigen Parteien, mit denen wir zusammenarbeiten sollen, die feste Erklärung, daß sie bereit sind, mit der Deutschen Volkspartei zusammenzuwirken, damit die gegenwärtige unklare Lage, die ohne Schaden des Reiches nicht mehr länger andauern darf, endlich geändert werden kann. Die Schaffung klarer Verhältnisse ist eine unbedingte Notwendigkeit. Wir können daher nicht die Verantwortung für die Bildung eines Ministeriums übernehmen, das diese Erfordernisse nicht erfüllt.

## Neues deutsches Angebot an die Reparationskommission.

U. Berlin, 14. November.

Wie die Telegraphen-Union von gut unterrichteter Seite erfährt, gehen heute neue präzisere Vorschläge der Reichsregierung an die Reparationskommission nach Paris ab, unter denen sich das deutsche Anerbieten befindet, daß die Reichsbank sich mit 500 Millionen Goldmark an einer internationalen Stabilisierung der deutschen Mark beteiligen wird.

Bege zu weiteren Verhandlungen offen.

Paris, 14. November.

Die Reparationskommission hat gestern nachmittags ihre erste Zusammenkunft nach ihrer Rückkehr aus Berlin abgehalten. Es war eine nichtöffentliche Sitzung, an der sämtliche Reparationsmitglieder, mit Einschluß des amerikanischen Vertreters mit der Prüfung der vorliegenden Vorschläge und der zu ihnen gehörigen Sachverständigenberichte begannen. Die Besprechung hatte den Charakter einer Vorbesprechung, da die einzelnen Mitglieder auch ihre persönlichen Beobachtungen und Erfahrungen von der Berliner Reise zur Sprache brachten. Der augenblickliche Stand der Reparationsfrage läßt sich nach Mitteilungen von gut unterrichteter Seite dahin zusammenfassen, daß die letzte deutsche Note, wie Herr Barthou und Herr Bradbury versicherten nicht befriedigend, daß sie aber den Weg zu weiteren Verhandlungen nicht abschneide.

Der Vorsitzende der deutschen Kriegslastenkommission in Paris Staatssekretär Fischer, ist gestern aus Berlin hier angekommen und es ist anzunehmen, daß sich der weitere notwendige Meinungsaustausch eventuell in der Form eines Notenwechsels zwischen den beiden Kommissionen vollziehen werde. Von einer neuen Krise in den Verhandlungen dürfte also nicht die Rede

sein. Das Programm der Reparationskommission ist halbwegs dadurch bestimmt, daß als vorläufiges Endziel ihrer jetzigen Beratungen die Brüsseler Konferenz anzusehen ist.

## Vor der Lausanner Konferenz.

Opposition gegen Poincaré.

Die Lausanner Orientkonferenz ist vom 13. auf den 20. November verschoben worden. Damit ist Frankreich im letzten Augenblick den englischen Wünschen entgegengekommen. Allerdings hat damit die englisch-französische Krise keineswegs ihr Ende erreicht. Die Frage der Vorkonferenz schwebt nach wie vor und es scheint, daß Frankreich diese Frage dazu benutzt, um weitere Zugeständnisse von England zu erlangen. Ueber die Richtlinien der französischen Forderungen haben wir bereits berichtet. Die „Sunday-Times“, ein Blatt, das öfter seine Informationen von der englischen Regierung erhält, bemerkt dazu, Frankreich denke an einen häßlichen Tauschhandel; es werde die englischen Interessen im Orient nicht unterstützen, wenn England nicht geneigt sei, die Zustimmung zur Zertrümmerung Deutschlands zu geben. In der französischen Presse wird dieser Artikel sehr übel aufgenommen, was nach der bisherigen Haltung der französischen Presse ja auch durchaus zu erwarten war. Auch diese Pressepolemik zeigt, daß sich das Verhältnis zwischen England und Frankreich nach dem Abgange Lloyd Georges nicht geklärt hat und daß nach wie vor eine starke Spannung besteht, die sich nicht ohne weiteres überbrücken läßt. Im Hintergrund der Redungen steht das Reparationsproblem und in dieser Frage ist allerdings ein Einverständnis solange nicht möglich, als Frankreich die oben angedeutete Haltung nicht ändert. Augenblicklich besteht ja in Frankreich eine gewisse Opposition gegen den Kuriers- und Auspolitiker Poincaré, die von dem Wirtschaftspolitiker und Großindustriellen Poincaré geführt wird; ob sie aber stark genug ist, um den Kurs Poincarés zum Scheitern zu bringen, ist vorläufig noch sehr die Frage.

Dollar 7100.

## Lübecks Finanznot.

Wir brauchen eine gerechte Steuerverteilung.

Dr. L. Lübeck, 14. November.

Das Defizit im Lübeckischen Haushalt betrug vor einem halben Jahr 50 Millionen; heute kann man es bei vorläufiger Schätzung auf 400 Millionen veranschlagen, und im Januar oder Februar wird die erste Milliarde Unterbilanz nicht mehr weit entfernt sein.

Was ist der Grund dieser katastrophalen Entwicklung? Die Ausgaben steigen Schritt für Schritt mit der Geldentwertung; die Einnahmen aber bleiben (mit Ausnahme der Steuersumme der Lohn- und Gehaltsempfänger) auf der alten Höhe stehen. Wohin das führen muß, kann sich jeder-mann an fünf Fingern abzählen.

Es wird soweit kommen, daß unser Staat eines Tages ohne Geld und ohne Kredit vor dem Nichts stehen wird. Und dann wird man, wie der Knabe vor dem Scherbenhaufen, den Finger in den Mund stecken und bestürzt nach Hilfe ausschauen.

Gestern beriet die Bürgerschaft eine Senatsvorlage betr. Erhöhung der Gewerbesteuer. Auf Grund des Einkommens des Handels und der Industrie aus dem Jahre 1921 waren im laufenden Jahr 12 Millionen Mark Einnahmen vorgesehen. Im Laufe des Jahres 1922 haben sich diese 12 Millionen auf ein Zehntel ihres Wertes vermindert, das Einkommen der Gewerbetreibenden verzehnfacht; die Steuer aber ist heute noch nicht bezahlt. Vor Februar oder März des Jahres 1923 ist an eine Erhebung auch gar nicht zu denken. Welchen Wert bis dahin unser Geld noch haben wird, und wie groß dann die Ausgaben des Staates sein werden, das weiß niemand. Hauptsächlich hängt das alles von der Entwicklung der deutschen Wärluta ab.

Wie hilft sich nun die Senatsvorlage über diese ganze katastrophale Entwicklung hinweg? Sie schlägt einfach vor, die Gewerbesteuer für 1921 um 50 Prozent zu erhöhen; das heißt, ihren Ertrag von 12 auf 18 Millionen heraufzusetzen. Soll diese Erhöhung die 100prozentige Geldentwertung seit Beginn dieses Jahres ausgleichen? Oder soll sie wie ein Tropfen auf dem heißen Stein des Milliarden-defizits verdampfen?

Wir sind überzeugt, daß in zwei bis drei Monaten der Senat mit einer neuen Erhöhung um 50 Prozent herauskommen wird, und daß trotz alledem der Lübeckische Staat im Frühjahr aus der Gewerbesteuer sämtlicher Industrie-, Handels- und Gewerbebetriebe nicht soviel Einnahmen erzielen wird als aus einer Monats-Einkommensteuer der Arbeiter und Angestellten eines einzigen Großbetriebes. Wir sind ferner überzeugt, daß bei der Fortsetzung eines solchen Finanzgebarens unsere Staatsfinanzen innerhalb weniger Monate zusammenbrechen müssen.

Kann die Sozialdemokratie eine solche Finanzpolitik verantwortlich mitmachen? Nie und nimmer! Sie hat deshalb gestern die ganze Senatsvorlage als völlig ungenügend und als der Geldentwertung und der Finanznot in keiner Weise entsprechend zurückgemiesen. Und sie hat verlangt, daß eine Reform der Gewerbesteuer (als der einzigen Steuer, die uns neben der Grundsteuer geblieben ist) vorgenommen wird. In einem Ausschuß sollte die Aenderung des Gewerbesteuergesetzes beraten werden, mit dem Ziel, auch diese Steuer nach den Gesichtspunkten der steuerlichen Gerechtigkeit, der Finanznot und der Geldentwertung umzugestalten.

Der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion machte einige Angaben, wie die Sozialdemokratie eine solche Aenderung sieht. Von der Erhöhung des Steuerjahres allein verpflichtet sie sich für die Staatsfinanzen nichts; nur eine grundsätzliche Aenderung des Steuersystems kann Erleichterung bringen. Wenn die Steuerfrage für das Jahr 1922 vorliegen, so wird für das Jahr 1923 — entsprechend der Geldentwertung — ein entsprechender vorläufiger Steuerfuß festgelegt. Und dieser vorläufige Steuerfuß wird sofort vorläufigweise erhoben; am Schluß des Jahres kann dann nachträglich die endgültige Berechnung erfolgen.

Zweifellos wäre dieser Vorschlag geeignet, das Riesen-defizit in unserm Staatshaushalt wenigstens teilweise auszugleichen. Dabei verlangt er keinerlei Ungerechtigkeit gegen irgend einen Bevölkerungsteil oder irgend einer Berufsgruppe. Es wäre deshalb erfreulich gewesen, wenn die berufenen Stellen, Finanzbehörde und Senat, von sich aus solche Reformen erwogen hätten.

Und statt dessen? Die Vertreter des Senats standen der sozialdemokratischen Ankündigung ganz verständnislos gegenüber. Sie blieben bei der Bitte um die sechs Millionen; die hellhörigen Vertreter der bürgerlichen Parteien aber hatten die herausziehende Gefahr schon gewittert und stimmten, zum ersten Male seitdem die Sozialdemokratie die Hauptverantwortung im Staat trägt, der Gewerbesteuererhöhung beigesteuert zu. Von einer Steueränderung aber, von einer Anpassung an die Geldentwertung, wollten die bürgerlichen Sprecher nichts hören. Sie schimpften über das Finanzamt, aber um den eigentlichen Kern gingen sie herum. Vielleicht aus vorsichtiger Ueberlegung, vielleicht auch, weil sie den eigentlichen Zweck des sozialdemokratischen Vorstoßes noch nicht ganz erfaßt hatten.

Wer den heutigen Bericht des „General-Anzeigers“ liest, dem wird dieses Nichtverständnis nicht mehr so ganz unmöglich erscheinen. Hat doch selbst der Berichterstatter dieses Blattes — wenigstens nach seinem Bericht — gar keine

Abnung von dem, was wirklich verhandelt wurde. Ihm waren offenbar einige kommunistische Wiskelien wichtiger, als die hundert Millionen Staatseinnahmen, um die es bei der Besprechung doch ging. Wenn aber dann aus Not die Gas- und Wasserpreise unermeßlich erhöht werden müssen, dann schimpft der „General-Anzeiger“ wieder ohne jeden Sinn und Verstand los.

Wenn der Besizende, der Kapitalist nicht bezahlt, so muß es eben der arme Teufel am Munde absparen. So wird es kommen!

Wir werden dann den Senat an den gestrigen Abend erinnern, und auch dem „General-Anzeiger“ werden wir dann einiges in sein Stammbuch eintragen.

Aber auch mit den Kommunisten werden wir dann abrechnen. Denn an ihrem Verhalten scheiterte schließlich das sozialdemokratische Vorhaben. Aus „grundtätlichen Ermüdungen“ stellten sie sich neben die kapitalistischen Parteien, vor die Riesengewinne des Handels und der Industrie. Und wenn Herr Boie und seine Freunde ihre Millionenprofite geschäftig bergen, so werden sie dankbar lächelnd Herrn Heilborns gedenken, der ihnen so schön geholfen hat.

Aufgehoben ist nicht aufgehoben. Die Sozialdemokratie wird jetzt ihren Kampf für eine gerechte Besteuerung, für einen Ausgleich der Staatsfinanzen, erst recht aufnehmen. Sie hofft, daß sie dabei die Unterstützung des Senats und der Finanzbehörde finden wird. Vorläufig wird sich der Haushaltsausschuß mit der Frage der Steuerreform eingehend beschäftigen; und auch die heutige außerordentliche Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Partei wird das gleiche Problem ausgiebig durchsprechen.

## Reichstag.

265. Sitzung.

Montag, den 13. November 1922, nachm. 3 Uhr.

Ein Schreiben des Reichsministers des Innern, das die Genehmigung der Strafverfolgung der Abg. Höllein, Kemmle, Koenen, Dr. Moses und Jabel beantragt, geht an den Geschäftsausschuß.

Die Genehmigung zur Strafverfolgung und zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Abg. Bazille (DR) wird entsprechend einem Antrag des Geschäftsausschusses erteilt, während in sechs anderen Fällen die Genehmigung verjagt wird.

Die Interpellation Dittmann (Soz.) und Genossen betreffend die Rechtsprechung der Bayerischen Volksgerichte in München im Landesverratsprozeß (Kobach) wird nach einer Erklärung des Reichsjustizministers Dr. Radbruch in der Geschäftsordnungsmäßigen Frist von der Reichsregierung beantwortet werden.

Der Entwurf eines Gesetzes betr. das deutsch-polnisch-ober-schlesische Bergwerksabkommen vom 22. Juni 1922 geht an einen besonderen Ausschuß von 14 Mitgliedern.

Der Gesetzentwurf wegen Änderung der Verordnung über die Abgeltung von Ansprüchen gegen das Reich, der die Frist für die Erhebung der Bergwerksabgabe von zwei auf vier Jahre verlängert, wird in allen drei Lesungen ohne Debatte unverändert angenommen.

Der Entwurf eines Jugendgerichtsgesetzes wird ebenfalls dem Rechtsausschuß überwiesen und der von allen Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, einstimmig Entwürfe betreffend Änderung des § 84 der Reichsgewerbeordnung geht an den Sozialpolitischen Ausschuß.

In allen drei Lesungen wird dann der als letzter Punkt auf der Tagesordnung stehende 6. Nachtrag zum Reichshaushaltsplan für 1922, der die Mittel für den den Beamten gewährten Krankenzuschlag von monatlich 1000 M. anfordert, genehmigt. Dazu wird mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien eine deutsch-nationale Entschließung angenommen, welche die Reichsregierung ersucht, bei künftigen Steuerreformen die sozialen Folgen im Sinne einer möglichen Familienpolitik zu erwägen. Die unteren Gruppen der Beamten sollen nicht schlechter gestellt werden als die ungelerten Arbeiter.

Bei der Festsetzung der Tagesordnung für die nächste Sitzung beantragt Abg. Schulz-Bromberg (DR), neben den kleinen Anfragen als einzigen Punkt die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung auf die Tagesordnung zu setzen. Der Reichskanzler habe sich Genüge nicht mehr über die großen politischen Fragen, die nicht nur das deutsche Volk, sondern die ganze Welt bewegen, gesprochen und es sei Zeit, daß dieser Zustand endlich einmal ein Ende nehme. Der Reichstag dürfe am Donnerstag nicht auseinandergehen, ohne zu wissen, was die Regierung in der nächsten Zeit zu tun gedenkt.

Präsident Uebe erklärt, er habe diesen Punkt nicht auf die Tagesordnung gesetzt, weil der Reichskanzler keine Erklärung am Dienstag noch nicht abgeben könne. Im Übrigen könne die Mehrheit des Hauses ja entgegen dem ausdrücklichen Willen der Regierung beschließen, daß die Erklärung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werde.

Im weiteren Verlaufe der Debatte erklärt Abg. Müller-Franken (Soz.), daß auch die Sozialdemokratie so schnell wie möglich die Regierungserklärung wünsche. Von einer Vertagung des Reichstages am Donnerstag könne aber keine Rede sein, er müsse vielmehr arbeiten. (Lachen rechts.)

Gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien wird der Antrag Schulz-Bromberg abgelehnt. Ebenso abgelehnt wird ein Antrag Koenen (KPD), die Beratung der Geschäftsordnung auszusetzen.

Nächste Sitzung: Dienstag, 2 Uhr: Tagesordnung: Anfragen, Beratung der Geschäftsordnung für den Reichstag, Antrag Marx (Z) über die Not der deutschen Wissenschaft.

Schluß: 3 1/2 Uhr.

## Ein neuer Landesverrat?

Der Waffenfund auf dem Anhalter Bahnhof.

Auf Antrag des Oberreichsanwalts ist, wie schon kurz gemeldet wurde, in Berlin das Mitglied des Bezirksbetriebsrats bei der Reichsbahndirektion Berlin, August Baer, wegen des Verdachts, Landesverrat begangen zu haben, in Untersuchungshaft genommen. Ueber die Vorgeschichte dieses neuesten Landesverrats-Verfahrens berichtet die „Dena“:

„Am 22. August d. J. wurde auf dem Anhalter Güterbahnhof ein Wagen beschlagnahmt, der 12 große Kisten mit Mauserpistolen enthielt. Die von der Polizei vorgenommene Beschlagnahme wurde jedoch wieder aufgehoben. Dies rief unter den Eisenbahnarbeitern allerlei Gerüchte hervor, und veranlaßte schließlich den Eisenbahnangestellten August Baer, sich an die Interalliierte Militärkommission zu wenden. Ein französischer Offizier erwiderte darauf hin auf den Anhalter Güterbahnhof und ordnete nun seinerseits erneut die Beschlagnahme an. Daraufhin erschien am 28. August im „Temps“ ein sensationeller Artikel mit der Überschrift: „Der Waffenfund auf dem Anhalter Bahnhof“. Die Waffen wurden aber später, weil es sich um Mauserpistolen kleineren Kalibers handelte, die im Sinne des Friedensvertrages von Versailles nicht als Militärwaffen anzusehen waren, freigegeben, und zwar am 11. September in Uebereinstimmung mit der Interalliierten Militärkommission.

Dieser Vorgang hatte nunmehr zur Folge, daß die Staatsanwaltschaft gegen Baer einen Haftbefehl wegen Verbrechens gegen den § 92 Absatz 1 St.G.B. (Landesverrat) erließ. Baer ist daraufhin verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden.

Zur Begründung eines Haftentlassungsantrages hat Baer durch A. A. Frey geltend machen lassen, daß die Waffen zu einem Ruffuß, ob dieser von rechts oder von links kam, sei ihm gleich gewesen. Verwendung finden sollten. Er habe lediglich geglaubt, im Interesse der Republik tätig zu sein und habe deshalb die Interalliierte Kommission von dem Vorhandensein der Waffen Mitteilung gemacht.“

Man wird sich hoffentlich auch beim Oberreichsanwalt daran erinnern, daß der Rathenau-Mord und die Aufdeckung der Mörderorganisation begreifliche und berechtigte Erregung nicht nur in der Arbeitererschaft ausgelöst hat und das Mißtrauen weiter wachhält. Von diesem Gesichtspunkt sollte man auch das Vorgehen des jetzt Verhafteten betrachten. Und wenn nicht etwa, was bisher nicht behauptet worden ist, Rückschlüsse auf etwaige Belohnung die Anzeige beeinflusst hat, dann erscheint dieses Landesverratsverfahren durchaus geeignet, die Mißstimmung in den Kreisen der republikanisch denkenden Arbeitererschaft noch zu vertiefen. Es ist selbstverständlich, daß moralisch die Anzeige Baers jede Mißbilligung verdient. Aber eine Landesverratsprozeß wegen einer Tat, die dem Schutze der Republik gegen Mörderorganisationen dienen sollte, wäre das Verfehlteste, das sich denken läßt.

## Aus dem Reichstag.

Der Reichstag ist jetzt um eine deutsch-polnische Gruppe bereichert worden. Die Antikemiten Graefe, Wulle und Hennig, (der letzte wurde bekanntlich vor wenigen Wochen aus der Deutschnationalen Fraktion ausgeschlossen,) haben dem Reichspräsidenten offiziell die Gruppeneinrichtung mitgeteilt und sind damit aus der Deutschnationalen Fraktion ausgeschieden. Mitglieder der Deutschnationalen Partei bleiben für vorläufig noch.

Neben den Deutsch-polnischen im Reichstag macht auch Herr Hergt augenblicklich wieder von sich reden. Er hat bekanntlich um Einleitung eines Strafverfahrens gegen mehrere Abgeordnete des Reichstags erucht, weil diese den Abgeordneten Heijerich anlässlich des Rathenau-Mordes an der Ausübung seines Mandats verhindert haben sollen. Die Staatsanwaltschaft hat jetzt um die Genehmigung zur Strafverfolgung gegen die Abg. Moses, Judeil, Koenen, Höllein und Kemmle auf Grund der Anzeige des Herrn Hergt gebeten. Der Geschäftsausschuss des Reichstags wird sich mit diesem Er-

suchen in den nächsten Tagen beschäftigen. U. E. kann seine Entscheidung nur auf Ablehnung einer Genehmigung zur Strafverfolgung lauten.

## Die Geheimbündelei.

Das Gesetz zum Schutze der Republik, auch seine besonders scharfe Anwendung durch die Preussische Regierung, hat bisher noch nicht vermocht, die Neugründung von Geheimorganisationen zu verhindern. Trotz der Auflösung der bekannten Mordorganisationen sind rechtsradikale Kreise zu der Gründung neuer Verbände geschritten. Es existiert heute in Preußen neben der „National-Sozialen Vereinigung“ eine Organisation, die mit der Hitler-Garde nicht nur geistesverwandt, sondern auch eng zusammengeknüpft ist, ein „Selbstschutz Charlottenburg“ und ein „Selbstschutz Brandenburg“. Nach den bisherigen Feststellungen über diese Verbände ist Kobach, wenn auch nicht der eigentliche Gründer, so doch der Leiter dieser Organisationen. Hieraus ist auch seine Verhaftung, die tatsächlich erfolgte und durch dem Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes wieder aufgehoben wurde, zu erklären. Insbesondere erstreckt sich sein Arbeitsgebiet auf Norddeutschland, wo er für die „National-Soziale Vereinigung“ eifrig wirkt und wo er für die Verwirklichung der faschistischen Idee arbeitet. Die Preussische Regierung ist in dem Besitz umfangreicher Materials gelangt, das über die Absichten rechtsradikaler Kreise für den kommenden Winter weitgehende Aufklärung gibt. Es ist zu erwarten, daß die Selbstschutz-Verbände und Geheimorganisationen, soweit sie bisher aufgedeckt wurden, am Dienstag oder Mittwoch wenigstens von der preussischen Regierung verhaftet werden. Auch die genannten Verbände stehen sämtlich mit München in enger Fühlung.

## Generalstreik.

SPD. Düsseldorf, 13. November.

Der Generalstreik ist hier vollständig, obwohl es gelunnen ist, die Werke Haniel-Lug wieder in Betrieb zu setzen, aber auf sämtlichen Werken der Schwerindustrie ruht die Arbeit vollständig. Zur Zeit streiken mindestens 20 bis 25 000 Arbeiter. Der offizielle Grund für den Streik ist zwar darin zu suchen, daß die Arbeiter der Mannesmann-Werke sich weigern, den Lohnzuschuß von 600 Mk. für gelieferte Kartoffeln im Abzug bringen zu lassen, unverkennbar aber sind kommunistische und syndikalistische Einflüsse am Werke. Am Dienstag findet eine Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Metallindustrie statt, in der verhandelt werden soll, die Frage des Zuschusses so zu erledigen, daß die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt. Düsseldorf hat mit Genehmigung der Besatzungsbehörden im Hinblick auf den Streik eine geringe Verstärkung der Schutzpolizei erhalten. Bis jetzt ist die Stadt ruhig. Einige für den Abend einkaufende Versammlungen wurden von der Polizei aufgelöst.

SPD. Aachen, 13. November. (Eig. Draht.)

Seit Freitag befinden sich sämtliche industriellen Betriebe des Unterwesertals-Kreises mit etwa 4000 Arbeitern im Streik. Der Grund liegt in Lohnstreitigkeiten. Die Gewerkschaften haben einen vom Schlichtungsausschuß gestellten Schiedsspruch nicht anerkannt. Die Verhandlungen werden fortgesetzt. Leider ist eine Verschärfung der Situation dadurch entstanden, daß auch die Hilfsarbeiter der Glasindustrie in den Streik getreten sind. Der Grund für diesen Streik liegt darin, daß die Unternehmer die Vorschläge bei der nächsten Lohnzahlung einbehalten wollen, die sie ihren Arbeitern für die Beschaffung von Wintervorräten gewährt haben.

## Das Erdbeben in Chile.

Santiago de Chile, 13. Nov.

Das Erdbeben hat mindestens 1000 Opfer gefordert. Mehrere Tausend sind obdachlos und ohne Lebensmittel. Außer einer großen Zahl von Opfern, die von Copiapo und Coquimbo gemeldet werden, sind 500 Tote in Valparaiso zu beklagen. Diese Gegend ist völlig verwüstet. Auch in den südlichen Städten, aus denen bisher noch keine Nachrichten vorliegen, sind höchstwahrscheinlich Opfer zu beklagen. Die Bewegung des Meeres wurde auf über 12 000 Meilen Entfernung verspürt.

Berlin, 13. Nov.

Der deutsche Gesandte in Santiago de Chile ist beauftragt worden, dem Präsidenten der chilenischen Republik zu dem schweren Erdbeben Glück die Anteilnahme des Reichspräsidenten und der deutschen Regierung auszusprechen. Dem chilenischen Gesandten in Berlin stattete der Reichskanzler einen Beileidsbesuch ab.

## Theater und Musik.

Stadttheater.

„Lohengrin“ von Rich. Wagner. Kon Stuen, die es wissen wollen, daß solchen, denen man eine gewisse Kenntnis des Bühnengeschmacks zutrauen kann, wird allerdings bekannt, daß Richard Wagner verliere allmählich die ihm bisher so unermessliche Gunst der Menge der Theaterbesucher. Das mag für einzelne seiner Werke zutreffen, vielleicht besonders auch bezüglich, weil die zu einer guten Aufführung unbedingt notwendigen Stücke nur sehr dünn geläufig sind; „Lohengrin“ bestimme nicht. Man ist noch immer für die etwas verblödete Romanistik der jugendlichen Handlung empfänglich, obwohl niemand mehr an Freia oder an Heuberg glaubt. Die letzten, ungeschickten, aber harten Töne dieser oft herbeizuhaltenden Musik werden sich heimlich um das Herz und schmecken es vom Eig der nächsten Bernunft ab, jedoch der Hörer nicht mehr denkt, sondern nur empfindet. Ganz romantisch empfindet und den Sinn für das Märchenhafte bis zum Schluß der Vorstellung in die Wiege stellt. Am Sonntag, den 12. November, wird das Stadttheater ausverkauft. Die Preisbesitzer des Schwanenreiters mag sich wohl anders als früher präsentieren, aber sie ist doch nicht kleiner geworden. Im Grunde genommen, sind bei aller Umgestaltung der Bevölkerung infolge der Entwertung des deutschen Geldes doch die Kräfte, die Schicksal nach dem Jubelreich der ungeliebten Kunst zieht, ebenso groß wie einst geblieben und die sie stützenden Personen mögen andere Namen tragen, sind vielleicht auch zum Teil eine geringere Schulbildung besitzend, aber der Geist, der sie leitet, ist der gleiche. So hat denn „Lohengrin“ auch jetzt wieder gegliert. Ueber Teichmann und über alle Heimberg, der ihn lang, vor allem, nicht besonders gut angelegt und dezentrierte nicht selten. Im übrigen zählt er viele Punkte zu seinen Gunsten. Maria Schütz-Jones verdient Dank dafür, daß sie die Elva, eine ihre Glanzrolle, für eine schmerzliche Kollaboration übernommen und sie über und mit Geduld durchführte. Alfred Keren schien auf etwas in Anspruch; zu kurze kein König ein ziemlich komischer langweiliger Heuberg. Besonders langweilig hat Hartmann den Heuberg. Daraus ist ersichtlich, daß die Leitung des Herrn Gerhart zum Schwanenreiters und die Leitung des Herrn Palm-Carltes aus Kiel aus, zwei uninteressante Künstler. Der

Chor bemühte sich mit loblichem Eifer und manchmal auch mit Glück. S. Bongards bewährte sich als erfahrener Regisseur. Das Orchester unter Stielke benutzte die Fresko-Mantel. Wie gelangt: Lohengrin bezwang auch diesmal die Hörer. X

Herren-Hauptmann-Feier der Volkshöhe. Am Mittwoch, den 15. November, wird der bedeutendste der lebenden Dichter Deutschlands 60 Jahre alt. Gerhart Hauptmann ist aus diesem Grunde im laufenden Jahre viel gefeiert worden. Und auch eine so lebhaft geistig interessierte Stadt wie Lübeck dürfte da nicht zurückbleiben. Die Volkshöhe hat sich mit der Sonntagsfeier im Stadttheater ein Verdienst erworben. Sie war würdig und groß. Als Einleitung hatte man Rheinbergers Klavierkonzert Es-Dur gewählt, das wir schon bei der Revolutionsfeier am letzten Donnerstag gehört haben. Hier kam es langsam und wirkungsvoller zum Vortrag. Die Herren Thalman, Kollmann, Döge und Weidlich vom Sinfonie-Orchester zeigten sich als glänzende Virtuosen. Die Aufführung des Hauptmannschen Dramas „Das Hirtentier“, das die Werbung Jakobs um Rachel zur Handlung hat, zeigte wiederum die treffliche Regiearbeit Jakob Hieglers. Von den mitwirkenden Künstlern verdienen Karl Wessels als Jakob, Hans Jungbauer als Engel Gabriel, Karl Fandner als Laban, Dag Palm als Rachel und Gertraude Kiemann-Heidmann als Lea besonderes Lob. Warum man aber gerade auf das unterfertige Hirtentier verziele?

Der Höhepunkt der Feier bildete die Rede des Herrn Professor Lütjes, der eine wirkungsvolle Charakteristik der Persönlichkeit und der Werke Gerhart Hauptmanns gab. Unser Gewandhaus wählte Hauptmanns Dichter des Kur-Leidens. Professor Lütjes warnte ihn den Dichter des sozialen Kampfes und der Dichter der deutschen Seele. Alle, die da mitgehen und beiseite sind, haben Hauptmanns Schaffen bewundert. In ihm spiegelt sich das Leben der Menschheit in allen ihren Höhen und Tiefen. Die Sehnsucht nach der Erlösung des einzelnen aus der Bestäubung durch Gewalten, und nach der Erlösung der Massen aus den Tiefen ihres geistigen, sozialen und politischen Stands hängt was Hauptmanns Bühnenwerken, aus ihnen Lütjes und seinen Schöpfungen. Der große

Dichter der Not, des Mitleids und der Sonnensehnsucht: das ist Gerhart Hauptmann. Nur wenige Dichter haben so im Tiefsten mitgeföhlt wie er, nur wenige haben es vermocht, das Mitleid, die Heimat und die Größen und Schwächen des deutschen Volkes so zu gestalten wie er. Auch er hatte im Leben Irrungen und Wirrungen mancherlei Art, auch er hatte im Leben Berg und Tal, aber im Innersten ist Gerhart Hauptmann sich und der Sache der Armen immer treu geblieben. Stehend hörte das vollbesetzte Haus die Schlussworte des glänzenden Festredners an. Er hat es meisterhaft verstanden, Hauptmanns Bedeutung den Massen nahe zu bringen. Starker Beifall lohnte die vortrefflichen Ausführungen. Wb.

Die Okerinsel. Wie die „Frankf. Ztg.“ aus Sydney erfährt, hat Prof. W. William Brown, der von einem Besuche der Okerinsel wieder in Ludlud eingetroffen ist, über das Ergebnis seiner Untersuchungen folgende Angaben gemacht: Auf der außer von Eingeborenen heute nur von zwei Weißen bewohnten und als Viehweide dienenden Insel stehen zahlreiche zum Teil kaum halb vollendete steinerne Denkmäler zu Ehren unbekannter Götter. Grob zu menschlichen Gestalten behauene riesige Steinbilder, so ruhen sie auf ungeheuren Abplattungen, von denen einige eine Höhe von 500 Fuß besitzen. Im ganzen sind ungefähr hundert dieser Steinbilder und 400 bis 500 Abplattungen vorhanden. Einzelne der Steinbilder sind etwa fießig Fuß hoch. Das Gestein macht den Eindruck, als ob die Arbeiter jener primitiven Bildhauer eine plötzliche Unterbrechung erfahren hätten. Nach Prof. Brown handelt es sich um Denkmäler, die von Bildhauern eines längst dahingeschwundenen Reiches im Stillen Ozean errichtet worden sind. Eines Tages sind dann die Meeresfluten gekommen und haben die Okerinsel infolge der eingetretenen Ueberschwemmungen von allem Verkehr mit den benachbarten Inseln abgeschnitten. Der hierdurch hervorgerufene Mangel an Lebensmitteln hat die Verfertiger der Steinbilder wohl zur Einstellung ihrer Arbeiten gezwungen und als sie schließlich am Verhungern waren, werden sie einander vermutlich überfallen und verzehrt haben. Dies dürfte kaum mehr als 200 Jahre zurückliegen. Prof. Brown meint, daß derartige Ueberschwemmungen leicht eingetreten sein können, ohne daß sich deren Kunde unter den nachfolgenden Generationen irgendwie erhalten hat.

# Versailles und Achttundentag.

Herr Stinnes will das deutsche Volk durch den Zehntundentag glücklich machen. Der Zehntundentag ist das Mittel, durch das alle Übel der Welt beschworen werden. Die Handelsbilanz wird wieder aktiv, die Arbeiter erhalten Goldlöhne, die Mark wird stabilisiert, das Reparationsproblem gelöst, alles durch den Zehntundentag. Die Franzosen werden gerührt durch dieses Opfer des deutschen Volkes, die Besatzungsarmeen zurückziehen, und es wird eitel Freude und Zufriedenheit herrschen, alles durch den Zehntundentag.

Opfer des deutschen Volkes sind sonst auf jener Seite wenig beliebt. Die „Deutsche Tageszeitung“ z. B. begeistert sich für die Rede des Herrn Stinnes — aber wenn jetzt „Petit Parisien“ gleichfalls Herrn Stinnes zur Seite tritt, zugleich aber bemerkt, es müßten auch „die Produzenten von Lebensmitteln freiwillig oder gezwungen dazu gebracht werden, die Preise ihrer Produkte herabzusetzen“, so wird das agrarische Blatt alsbald bemerken, daß Opferfreudigkeit und Opferbereitschaft zweierlei ist, je nachdem, an wen sich der Aufruf zu ihr richtet.

Oder ein anderes Beispiel: Im Kampf um die Erfassung der Sachwerte hat selbst jene Richtung in kapitalistischen Kreisen, die dieser Forderung nicht ganz ablehnend gegenüberstand, mit Eifer die These vertreten, von einem solchen gewaltigen Opfer könne gar nicht die Rede sein, solange der Vertrag von Versailles nicht geändert sei. Die Sozialdemokratie wurde zu Unrecht beschuldigt, einen Teil des deutschen Volksvermögens „dem Feindbund“ auszuliefern zu wollen.

Jetzt wollen Herr Stinnes und die Seinen von den Arbeitern das Opfer des Achttundentags. Es fällt ihnen diesmal aber gar nicht ein, dieses Opfer von der vorausgehenden Erfüllung gewisser Bedingungen durch „den Feindbund“ abhängig machen zu wollen. Das beliebte Argument, alles sei ja in ein Jahr ohne Boden geworfen, solange nicht eine grundsätzliche Neuordnung des Reparationsproblems erfolgt sei, dieses Argument, das wir immer zu hören bekommen, wenn von den Besitzenden Opfer verlangt werden, schweigt hier vollständig, obwohl es nirgends mehr am Platze wäre, als eben hier.

Wir sind gewohnt, in dem Vertrag von Versailles nichts als einen Mechanismus zu sehen, der dazu bestimmt ist, aus Deutschland Leistungen ohne Maß bis zur völligen Vernichtung herauszupressen. Tatsächlich ist er auch etwas anderes, enthält er auch Bestimmungen, die geeignet sind, seine Schärfe abzumildern. Daß wir diese Bestimmungen oft übersehen haben, statt uns ihrer zu unserem Schutze kräftig zu bedienen, ist schon manchmal zu unserem Nachteil ausgefallen.

Zu jenen schützenden Bestimmungen des Dokuments von Versailles gehören in erster Linie die des Teils XIII, der von der Organisation und dem Schutze der Arbeit handelt. Dieser Teil, der im wesentlichen vom Internationalen Arbeitsamt handelt, beginnt mit folgender Einleitung:

Da der Völkerbund die Begründung des Weltfriedens zum Ziele hat und ein solcher Friede nur auf dem Boden der sozialen Gerechtigkeit aufgebaut werden kann,

da ferner Arbeitsbedingungen bestehen, die für eine große Anzahl von Menschen mit so viel Ungerechtigkeit, Elend und Entbehrung verbunden sind, daß eine den Weltfrieden und die Welt-eintracht gefährdende Unzufriedenheit entsteht, und da eine Verbesserung dieser Bedingungen dringend erforderlich ist, zum Beispiel hinsichtlich der Regelung der Arbeitszeit, der Festsetzung einer Höchstzahl der Arbeitstage und der Arbeitswoche, der Regelung des Arbeitsmarktes, der Verhütung der Arbeitslosigkeit, der Gewährleistung von Löhnen, welche angemessene Lebensbedingungen ermöglichen, des Schutzes der Arbeiter gegen allgemeine und Berufskrankheiten, sowie gegen Arbeitsunfälle, des Schutzes der Kinder, Jugendlichen und Frauen, der Alters- und Invalidenunterstützung, des Schutzes der Interessen der im Ausland beschäftigten Arbeiter, die Anerkennung des Grundsatzes der Freiheit gewerkschaftlichen Zusammenschlusses, der Gestaltung des beruflichen und technischen Unterrichts und ähnlicher Maßnahmen,

da endlich die Nichtannahme einer wirklich menschlichen Arbeitsordnung durch irgendeine Regierung die Bemühungen der

anderen, auf die Verbesserung des Loses der Arbeiter in ihrem eigenen Lande bedachten Nationen hemmt,

haben die hohen vertragschließenden Teile, geleitet sowohl von den Gefühlen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit, als auch von dem Wunsch, einen dauernden Weltfrieden zu sichern, folgendes vereinbart:

Artikel 427 bestimmt sodann folgendes:

Die hohen vertragschließenden Teile haben in Anerkennung dessen, daß das körperliche, sittliche und geistige Wohlergehen der Lohnarbeiter vom internationalen Standpunkt aus von höchster Bedeutung ist, zur Erreichung dieses erhabenen Zieles die in Abschnitt 1 vorgesehene und dem Völkerbund angegliederte ständige Einrichtung geschaffen.

Sie erkennen an, daß die Verschiedenheiten des Klimas, der Sitten und Gebräuche, der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und industriellen Ueberlieferung die sofortige Herbeiführung der vollständigen Einheitlichkeit in den Arbeitsverhältnissen erschweren. Aber in der Ueberzeugung, daß die Arbeit nicht als bloße Handelsware betrachtet werden darf, glauben sie, daß Wege und Grundsätze für die Regelung der Arbeitsverhältnisse sich finden lassen, die alle industriellen Gemeinschaften zu befolgen sich bemühen sollten, soweit ihre besonderen Verhältnisse dies gestatten.

Unter diesen Wegen und Grundsätzen erscheinen den hohen vertragschließenden Teilen die folgenden von besonderer Beschleunigung erscheinender Wichtigkeit:

1. Der oben erwähnte leitende Grundsatz, daß die Arbeit nicht lediglich als Ware oder Handelsartikel angesehen werden darf;
2. das Recht des Zusammenschlusses zu allen nicht dem Gesetz zuwiderlaufenden Zwecken, sowohl für Arbeitnehmer als auch für Arbeitgeber;
3. die Bezahlung der Arbeiter mit einem Lohn, der ihnen eine nach der Aufzählung ihrer Zeit und ihres Landes angemessene Lebensführung ermöglicht;
4. Annahme des Achttundentages und der 48-Stunden-Woche als zu erstrebendes Ziel überall da, wo es noch nicht erreicht ist;
5. die Annahme einer wöchentlichen Arbeitsruhe von mindestens 24 Stunden, die nach Möglichkeit den Sonntag einschließen soll.

Es folgen Bestimmungen über Kinderarbeit, gleichen Lohn für beide Geschlechter usw.

Der Vertrag von Versailles setzt demnach nicht nur die Pflicht des deutschen Volkes fest, „Wiedergutmachungen“ in praktisch unbefränktem Ausmaß zu leisten, sondern er zieht auch Grenzen, über die hinaus eine Ausbeutung der deutschen Arbeitskraft zum Zwecke der Reparationen nicht gestattet sein soll. Statt diese Grenzen zu verteidigen, sind die Vertreter der Industrie bereit, sie preiszugeben. Sie bieten der Entente eine Revision des Friedensvertrages an, die für die breiten Schichten des arbeitenden Volkes eine ungeheuerliche Verschlechterung darstellt.

Damit wagen sie etwas, was selbst die Väter des Vertrages von Versailles nicht gewagt haben. Sie geben Bestimmungen preis, die, richtig angewendet, die schärfste Waffe Deutschlands zur Herabsetzung der Reparationssumme auf einen leistbaren Betrag darstellen würden.

Der Vertrag von Versailles verpflichtet die deutsche Regierung, wie man sieht, nicht nur zu Leistungen aus Ausland, sondern auch zu einem bestimmten Verhalten im Inland. Die Arbeiter sollen durch den Achttundentag und durch Löhne, die ihnen ein menschenwürdiges Dasein gewährleisten, vor übermäßiger Ausbeutung geschützt werden. Es ist notwendig, der Welt deutlich als bisher zu sagen, daß Deutschland die Bestimmungen des Teils XIII nur dann anwenden kann, wenn die des Teils VIII, der von den Reparationen handelt, auf jene abgestimmt werden. Hier besteht ein Widerspruch, der entweder zugunsten der Reparationen gelöst werden kann durch ständige Verschlechterung der deutschen Arbeitsbedingungen oder aber zugunsten des deutschen Arbeiterschutzes durch Herabsetzung der Reparationspflichten.

Die deutsche Unternehmerschaft unter der Führung des Herrn Stinnes hat sich für die erste Lösung entschieden. Und da erinnern wir uns wieder an das große Geschick, das von ihr damals wegen der „Erfassung der Sachwerte“ erhoben wurde. Würden wir denselben Jargon sprechen, wie jene Herren, so müßten wir jetzt sagen, sie seien bereit, Haut und

Haar und Mark und Knochen des deutschen Arbeitsvolkes bedingungslos „dem Feindbund“ auszuliefern.

Die deutsche Arbeiterschaft hat sich jedoch niemals der Notwendigkeit verschlossen, daß zur endgültigen Lösung des Reparationsproblems Opfer gebracht werden müssen. Sie hat sich als erste mit Entschiedenheit für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete eingesetzt. Wenn sie aber deswegen doch nicht auf ihre letzten Kulturerrungenschaften, auf die letzten Reste einer freieren Existenz verzichtet will, so nimmt sie damit nur Rechte in Anspruch, die ihr sogar durch den Vertrag von Versailles bestätigt worden sind. Sie wird sich der Logik des Herrn Stinnes nicht anschließen, wonach jedes Stück deutschen Besitzes, d. h. des Eigentums der besitzenden Klassen, vor dem Eingriff des „Feindbundes“ unbedingt zu schützen, die deutsche Volkskraft aber unbedenklich selbst über die Grenzen der übernommenen Verpflichtungen hinaus preiszugeben sei. Wiederum: wenn wir die Sprache der Herren von rechts sprechen würden, so müßten wir ein solches Verhalten, wie es die Leute um Stinnes an den Tag legen, als direkt „vaterlandsfeindlich“ und „antinational“ bezeichnen.

Für eine nationale Gefinnung, die nur das schützt, was man selber hat, danken wir. Zu ihr aber kommt man unbedingt, wenn man die ganze Welt nur vom Scheinrenten des Gutshofes oder vom Fenster des Unternehmerrontos aus betrachtet. Wir halten den Schutz der menschlichen Arbeitskraft für das erste Gebot nationaler Selbsterhaltung, und darum sind wir gegen Herrn Stinnes und für den Achttundentag!

## Wofür Deutschland aufkommen muß.

Den PM. zufolge ist dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete von der Interalliierten Rheinlandkommission ein sehr bezeichnendes Schreiben zugegangen. Darin wird Beschwerde darüber geführt, daß die Reichsbahndirektion Mainz von der französischen Armee Bezahlung für den Transport von Reitpferden verlangt habe, die als Militärpferde aus Frankreich ins besetzte Gebiet zur Teilnahme an militärischen reitlichen Veranstaltungen geschickt worden waren. Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages habe Deutschland der Besatzungsarmee die Transportmittel zur Verfügung zu stellen für die Ausbildung und Erholung der Truppen, wozu auch reitliche Veranstaltungen gehörten. Uebrigens seien die französischen Pferde für die Zeit dieser Veranstaltung der Rheinlandarmee zugeteilt gewesen.

Wird auch dazu wird der Friedensvertrag mißbraucht, daß die deutsche Reichsbahn Rennpferde umsonst befördern muß, damit die französischen Besatzungstruppen angeblich zu ihrer Erholung, Pferderennen veranstalten können.

## Volkswirtschaft.

### Kartoffelnotierung.

Hamburg, 17. November.

Als in den Erzeugerabieten gezahlte Erzeugerpreise für Kartoffeln ab Vollbahnstation sind am Donnerstag festgesetzt worden: Weiße Kartoffeln 575/620 Mt., rote 500/525 Mt., gelbe Industrie 650/690 Mt. pro Zentner.

### Devisen-Kurse.

Berlin, 14. November.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

13. November. 11. November.

Amsterdam	1 fl.	3192.—	3192.—
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	478.80	478.80
Kristiania	1 Kr.	1526.17	1526.17
Kopenhagen	1 Kr.	1645.87	1645.87
Stockholm	1 Kr.	2194.50	2194.50
Helsingfors	1 finn. Mk.	201.49	199.50
Rom	1 Lire	364.08	356.60
London	1 £	36408.75	36408.75
New York	1 Doll.	5104.68	5179.50
Paris	1 Frs.	516.20	518.70
Zürich	1 Frs.	1476.80	1486.27
Madrid	1 Pesetas	1226.92	1216.95
Wien	100 Kr.	10.22	10.47
Prag	1 Kr.	254.86	258.95
Budapest	100 Kr.	3.24	3.34

## Spättinghof.

Roman von Kurt von der Eider.

14. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Geh nicht fort“, sagte sie, „geh nicht jetzt, wo ich alt und kümmerlich werde und mich bald nicht mehr wehren kann. Du sollst auch den Hof kriegen; ich mache mein Testament. Laß mich bloß nicht allein. Ich sterbe ja doch bald; ich merke es, ich mache es nicht mehr lange. Du sollst alles haben, alles!“

Jan kämpfte einen schweren Kampf. Nie hatte er die Tante so gesehen. Nie hatte sie ihn um etwas gebeten. Sollte, konnte er ihr die erste Bitte abschlagen? Sah sie nicht wirklich aus, wie eine, die am Rande des Grabes stand?

Sein gutes Herz siegte schnell. Was kam es darauf an, ob er noch ein, zwei Jahre blies und der Alten erst die Augen zu drückte. Vielleicht erfüllte sie ihr Versprechen und setzte für ihn. Nun, Jan sollte darum doch nicht leer ausgehen, wenn sie ihm den Hof vermachte.

Die Tante verlegte sich jetzt aufs Jammern. „Ich armes Stadelmännchen, was fang ich an, ich bin veraltet und verkauf.“

„Ich bleibe“, sagte Jan, „sei man still.“  
„Ich trat ins Zimmer. „Was ist hier los?“ fragte er. „Was, Jan will fort? Haha! Laß ihn reisen! Reisende Leute soll man nicht aufhalten.“

„Nee, er bleibt hier“, sagte die Alte. Sie hatte ihre Fassung wiedergewonnen und stand da, als wäre sie das verkörperte böse Schicksal. „Was soll er bei fremden Leuten?“ fuhr sie fort. „Er ist nun schwach, er wird bei andern Leuten bloß krank. Wenn es nicht mehr geht, kann er meinetwegen 'ne Dienstbeeren mieten; aber fort kommt er nicht.“

Jan sah wirklich nicht gesund aus. Blau und teilnahmslos blickte er aus dem Fenster. Der Himmel hatte sich verdunkelt, das Geäst von nahin war fort. Die Ferne winkte nicht mehr. Er war gekannt an die Schwelle von Spättinghof.

Einige Tage darauf sprach Jan mit seinem alten Freunde, dem Kantor, darüber. „Armer Jaske“, sagte der Alte, „ja, du müßt bleiben; unter diesen Umständen kannst du nicht fort. Aber hab' nur Geduld, deine Stunde schlägt noch einmal. Wenn dann die Ferne dich winkt, dann folge.“

Jan blieb. Jan machte sich mit Gehilfen die Situation zu Nutze; er ging zu Jochen Kruse, dem Weisemann, und bestellte sich zum 1. Mai eine Dienstbeere, die auch etwas kosten konnte.

Zwei Jahre waren verfloßen, seitdem Jan Thomsen den Anlauf genommen hatte, den Spättinghof zu verlassen. Es blieb bei dem Anlauf; er kam nicht fort.

Spättinghof blühte auf. Es bekam von innen und außen ein anderes Aussehen, und Jan hatte seine Freude daran, denn es war größtenteils sein Verdienst. Jan machte wohl die Pläne, traf neue Einrichtungen und hatte gute Ideen, er bestimmte auch ohne weiteres, wo Jan noch jaghaft erwog; Jan aber war es, der alles ausführte, der von früh bis spät unermüdet arbeitete. Vielleicht wollte er sich auf diese Weise ein Anrecht auf Spättinghof erwerben; vielleicht half ihm die Arbeit über das Fernweh hinweg, das ihn noch manchmal besahnte, und schließlich gewann er seine Arbeitsstätte lieb.

Er blieb auf Spättinghof, und von seinem Fortgange war nicht mehr die Rede.

Auch in der Küche sah es jetzt anders aus. Hier waltete ein tüchtiges, kräftiges Dienstmädchen. Wiebke Theemann, ein Mädchen von der Gegend, hatte sich anfangs oftmals gegraut; sie glaubte, es keine vier Wochen auf Spättinghof auszuhalten zu können. Aber sie gewöhnte sich an die rauhe, finstere Art der Alten. Ihre Furcht verschwand, als sie merkte, daß Mamjell ihr aus dem Wege ging und sich scheute, ihr etwas zu sagen. Sie konnte schalten und walten, wie sie wollte; es redete ihr niemand drein. Mamjell wurde überdies tränklich und stand selten von ihrem Behnisch auf.

Mit den Brüdern stand das Mädchen auf kameradschaftlichem Fuße. Jan war ihr gegenüber freundlich und dienstwillig, und Jan war lüchlich, machte gelegentlich einen Spaß und kniff sie in die dicken Wangen.

Im übrigen sprach Wiebke gerade nicht seinem Geschnack, sie war ihm zu dumm und schwerfällig; er hatte eine Vorliebe für schlante Mädchen mit Glutaugen.

Es wurde wieder einmal Winter; draußen froz das rinnende Wasser vom Dache zu Eiszapfen, und an den Fenstern blähten weiße Bäume. Da wurde Mamjell ernstlich krank und mußte sich ins Bett legen. Eine heftige Grippe warf sie aufs Krankenlager.

Sie war in den letzten Jahren immer mehr abgemagert, ihre Gestalt war zusammengeschrumpft. Jetzt war ihr Gesicht nicht größer als das eines Kindes; ihre Gestalt schien nur noch aus Haut und Knochen zu bestehen. Der Geist aber war noch derselbe menschenfeindliche und jünere. Das sah man an den großen, dunklen, unheimlichen Augen, die unruhig umherpäfen. Weiger und janker machte die Krankheit die alte Frau keineswegs. Dazu kam, daß sie in der Pflege fast ganz auf Jan und

Jan angewiesen war; Wiebke war nicht zu bewegen, das Kranken-Zimmer zu betreten.

Frauke Steffens brachte eines Mittags eine kräftige Kalbfleischsuppe zur Stärkung der Kranken. Doch sie kam übel damit an: „Geh mir los mit Kalbfleischsuppen“, schrie die Kranke. „Wollt ihr mich von der Welt haben? Hans Peter Mischel hat Kalbfleischsuppe gegessen und ist drei Stunden danach gestorben. Nein, ich vergesse mich nicht daran.“

In peinlichster Verlegenheit ging Frauke nach Hause; Jan fand nur Gelegenheit, ihr stumm die Hand zu drücken. Als er wieder in die Stube trat, jammerte die Alte laut: „Ihr laßt mich verrotten wie ein Stück Vieh. Ein halber Hering, der würde mich kurieren. Aber ihr kümmert euch ja nicht um mich. — Ein halber Hering!“

Durch die Wohnküche quate die alte Lehmbesche, Mamjells treueste Mithundin, herein.

„Ach, du liebe Zeit, Mamjell“, rief sie. „Sie können mich dauern. Sie sehen ja aus, als wenn sie schon drei Tage unter der Erde gelegen hätten. Nein, wer hätte das gedacht, daß Sie so schnell daran glauben müßten; Sie waren.“

„Ich bin ja noch nicht tot!“ schrie Trientleschen mit so lauter Stimme, daß sie selbst darüber erschrak. „Wartet doch man die Zeit ab!“

Lehmbesche retirierte in größter Eile nach der Küche. „Gott bewahre“, sagte sie zu Wiebke, „die hält mit dem Deuter, ich jag nichts, wenn sie sich noch einmal herausrafft. Dieser Schlag Leute ist jäh!“

Bei Mamjell kam jetzt doch der Gedanke an den Tod. Er kam immer wieder und ließ sich nicht abweisen. Während sie, das Gesicht der Wand zugekehrt, die rotirte baumwollene Bettdecke bis über die Ohren zog, grübelte und überlegte sie. Immer finstere wurden ihre Gedanken; ihr Geist arbeitete fieberhaft.

Vom Doktor wollte sie noch immer nichts wissen; sie hegte kein Vertrauen zu der ärztlichen Kunst.

„Totbleiben kann ich ohne Doktor“, sagte sie. „Aber dem Pastor könnt ihr mal Bescheid laaen.“

Der Pastor wurde geholt. Wenn der alte gutberzige Mann aber annahm, daß Mamjell ihr Herz vor ihrem Tode erleichtern und Frieden mit ihrem Herrgott schließen wolle, hatte er sich getäuscht. Die Kranke hatte nichts anderes im Sinne, als ihr Testament zu machen, und da Pastor Reimers öfter bei dergleichen Anlässen gerufen wurde und in der Abfassung von Testamenten eine gewisse Übung besaß, so schickte sie zu ihm.

Wohl eine Stunde lag der in seinem Amte ergraute Mann an dem Krankenbette und alle seine Einwendungen, all sein Kopfschütteln fruchteten nichts. Es wurde ein Testament, so wunderlich und heillos, wie es nur in dem Kopfe dieses unglücklichen Weibes entstehen konnte.

Die glückl. Geburt e. gef. Tocht. zeig. i. d. b. Freude an Carl Jester u. Frau (9323) Olga geb. Boye. Lübeck. 11. Nov. 1922

Nach kurzem Leiden entschlief sanft unsere liebe Mutter, Tochter, Schwester und Verlobte

**Martha Hamann**  
geb. Timmermann  
im 37. Lebensjahre.  
Tief betrauert von den Hinterbliebenen  
Lübeck, 11. 11. 22.  
Ellerbrook 21. (9329)  
Trauerfeier Donnerstag 3 1/2 Uhr in der Kapelle des Vorwerter Friedhofs.

Am 11. ds. Mts. starb nach langer schwerer Krankheit unser lieber hoffnungsvoller Sohn und Bruder

**Karl**  
im eben vollendeten 15. Lebensjahre.  
In tiefer Trauer Karl Weinowski nebst Frau u. Tocht. nebst Angehörigen.  
Beerdigung Mittwoch nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Renfeld, Lindenstraße 11. (9334)

**Deutscher Bauarbeiter-Verband Lübeck.**

Am 13. d. Mts. verstarb unv. Kollege **Heinrich Bordsfeldt**, Maurer, im Alter von 64 Jahren. (9343)

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 16. Nov., nachm. 2 1/2 Uhr von der Kapelle des Vorwerter Friedhofes aus statt.

Für die Aufmerksamkeiten zur

**Silberhochzeit** danken herzlich **W. Haß u. Frau.** (9356)

# Karstadt

## Achtung, Hausfrauen!

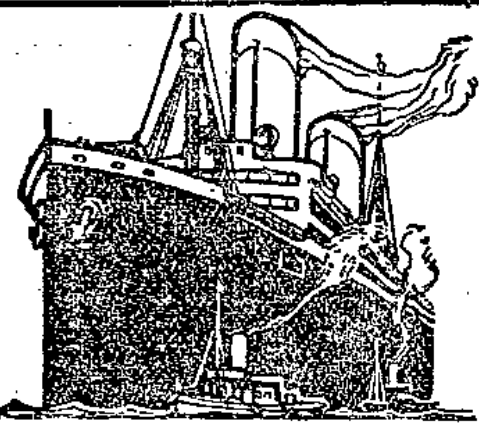
**Zum Kaltfärben und Batiken** von Geweben jeder Art im Haushalt verwende man nur „Malax - Batik - Stoff - Farben“.

## Vorführung 15. u. 16. Novbr.

Die geschätzten Besucher werden gebeten, kleine Stoffproben, Taschentücher usw. mitzubringen, welche **gratis gefärbt und gebatikt** werden.

im 3. Stock (Bilderabteflg.)

## BREMEN



## AMERIKA OSTASIEN AUSTRALIEN

Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unterbringung u. Verpflegung f. Reisende aller Klassen

Reisegepäck-Versicherung

Nahere Auskunft durch

## NORDDEUTSCHER LLOYD

+ BREMEN + und seine Vertretungen

in Lübeck: C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13. (9313)

## Berufungs- u. Vergütungs-Anzeigen

## Allgem. Deutscher Gewerkschaftsbund Ortsausschuß Lübeck.

### Gemeinsame Sitzung

der Vorstände des A.D.G.B. und M. am Mittwoch, dem 15. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

- 1. Das Arbeitsnachweisgesetz.
- 2. Die deutsche Notgemeinschaft.
- 3. Einträge.

Das Erscheinen aller Vorstandsmitglieder ist unbedingt erforderlich. Ausweise sind vorzubringen. (9348) Der Vorstand des A.D.G.B. u. Mfa.

## Lübeckisches Sinfonie- und Stadttheater-Orchester.

Donnerstag, den 16. November 7 1/2 Uhr (9350)

## Großes Sonder-Konzert im Gewerkschaftshaus.

Leitung: Kapellmeister Wolfgang Martin als Gast. Die Gesamteinnahme fließt in die Sammlung zur Linderung winterlicher Not. Eintritt ausnahmsweise 30.— Mk. Bitte Vorverkaufsstellen benutzen.

## Kolosseum

Morgen Mittwoch

## Grosser Ball

Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. (9320) Joh. u. R. Mittag.

Luisenlust. Morgen Tanzkränzchen. Damen Eintritt frei. (9320) Mittwoch

## Schwarz-rot-goldene Schiffe und Fahrradfahren

Buchhandlung Lübecker Volksbote.

Lübecker Volksbote.

Lübecker Volksbote.

Lübecker Volksbote.

Lübecker Volksbote.

Lübecker Volksbote.

Lübecker Volksbote.

Lübecker Volksbote.

Lübecker Volksbote.

Lübecker Volksbote.

Lübecker Volksbote.

Lübecker Volksbote.

Lübecker Volksbote.

40 Ferkel sind z. verlaufen. J. Klüwer, (9352) Schwartauer Allee 125a.

Wappenstein, gefürht Ang. m. Fr. u. A 541. (9325)

Kaufe Banzen u. Fische wie bekannt. H. Wiese, Regidienstr. 4. (9326)

Zum 1. Dezember d. J. werden alle Personenbesoldungsbeträge wieder um 100 v. H. erhöht. Die Fahrkarten werden vorläufig zum vierfachen Betrage der auf ihnen angegebenen Preise ausgegeben. (9347) Lübeck, im Nov. 1922

Die Direktion der Lübeck-Büchener Eisen-Gesellschaft

## Wer es noch nicht weiß,

der überzeuge sich selbst, daß meine Preise für

**Gold-, Silber-, Platin-Sachen, Gebisse, gold. Uhren, Brillanten**

von keiner anderen Ankaufsstelle überbietbar sind. (9354)

D. Taschimowitz, Pfaffenstraße 13 Flureingang.

Bitte auf Firma u. Hausnummer achten!

## Ankerlin

Bester Schuhputz

gibt den schönsten Glanz, färbt nicht ab, verhält das Leder. (9318)

## Beitragsmarken

für Vereine, Gewerkschaften

fertigt an u. liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

## Anzeigen,

die in der an dem betr. Tage erscheinenden Nummer des

**Lübecker Volksboten**

veröffentlicht werden sollen, müssen bis 10 Uhr vormittags

in unserer Geschäftsstelle aufgegeben sein; größere Anzeigen erbitten wir tags vorher.

Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten.

Johannisstr. 46.

## Geschäftsverlegung.

Meiner geehrten Kundschaft teile ich hierdurch mit, daß ich mein Geschäft von der Mühlenstr. 34 nach

### Breite Strasse 83

verlegt habe.

Gleichzeitig habe ich meine Auswahl in allen Gattungen vergrößert, sodaß auch dem verwöhntesten Geschmack das Gewünschte geboten wird. Das besondere Interesse möchte ich auf meine

### Wintersport-Abteilung

in Verbindung mit dem unentgeltlich gewährten Trocken-Ski-Kursus lenken, der allen Wintersportlern willkommen sein wird. Anmeldungen hierzu werden in meinem Geschäftslokal entgegengenommen. (9355)

## Sporthaus Paul Gassmann,

Breite Straße 83. Fernruf 1283.

## Außerordentliche General-Versammlung der Aktionäre der

## Vorschuß- u. Spar-Vereins-Bank in Lübeck

am Freitag, 15. Dezember 1922,

vorm. 11 Uhr,

im Hause der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit,

Königstraße Nr. 5.

### Tagesordnung:

1. Erhöhung des Grundkapitals um Mark 10 000 000 durch Ausgabe von Stück 10 000 auf den Inhaber lautende Aktien über je Mk. 1 000 unter Ausschluß des direkten gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre und Ermächtigung des Aufsichtsrates zur Festsetzung der Einzelheiten der Aktienaussgabe.
2. Aenderung des § 4 des Gesellschaftsvertrages durch Richtigmstellung der Grundkapitalziffer.

Zur Teilnahme an der Generalversammlung und zur Stimmabgabe sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bis spätestens am 11. Dezbr. 1922 bei unserer Gesellschaft hinterlegt haben.

Lübeck, den 14. November 1922.

Der Vorstand:

G. Lüthgens.

## Freistaat Lübeck.

Dienstag, 14. November.

### Aus der Bürgerschaft.

Soziale Fürsorge. — Gewerbesteuererhöhung. — Konsumvereinsfeinde. — Wohnungsbau.

Am die Arbeitsfreudigkeit der Bürgerschaft werden große Anforderungen gestellt. Die gestrige Tagesordnung war mit 31 Senatsvorlagen und 14 Anträgen resp. Ausschussberichten belastet. Eine Arbeit, die unglückliche Stunden in Anspruch nimmt, ehe der Rede Fluß in der Bürgerschaft plätschert. Dieser schlängelte sich am Montag durch allerlei Windungen und wollte bisweilen verfließen. Sozialistische Durchstiche an hemmenden Stellen erfrischten den Lauf hin und wieder. So, als sich beim Senatsantrag über Bereitstellung von Mitteln für die soziale Fürsorge Rechts- und Linksparteiler in kendenlahmer Freigebigkeit gegenseitig zu überbieten suchten. Was der Staat bisher getan hat, tun will und kann, das genügt vor allem den Kommunisten nicht im entferntesten. Die sechs Mann starke Fraktion übertrumpfte sich gegenseitig in sozialer Kühnheit, lehnte aber mit Grandezza die Bewilligung der Mittel ab. Nicht einmal für eine zeitgemäße Festsetzung der behördlichen Gebühren waren sie zu haben, geschweige denn für die Erhöhung der Gewerbesteuer. In diesem Punkte gehen die Moskauer von ihrem Programm um kein Jota ab, wie sie es auch ablehnen, aus eigener Tasche einen Pfennig für die produktive Arbeitsfürsorge herzugeben. Ihre Maxime verläuft sich in dem Schluß: Wozu ist denn der Staat da? Daß die Kommunisten einen Teil des Staates sind, den sie absolut verneinen, kümmert sie nicht. Unsere Genossen John, Haut und Dreger tusten den Volksfreunden rechts wie links die Wohlfahrtstränen aus den Augen, wobei auch der deutschnationale Handlungsgehilfenverbandsvertreter nergens sein nasses Schnupstuch auszuwringen versuchte. Wenn die sozialdemokratische Fraktion von weitergehenden Anträgen, wie sie billig und schön von kommunistischer Seite breitgetreten wurden, abließ, so deshalb, weil sie dem Willen des Staates das Können gegenüberstellte. Sie hat des öfteren schon reichlich die Grenzen des Möglichen erzwungen und lehnt es ab, unerfüllbare Hoffnungen zu erwecken.

Mit ungewöhnlichem Feuereifer legten sich die Rechtsparteien, denen sich die Demokraten widerstandslos ergeben haben, für die Erhöhung der Gewerbesteuer ins Geschirr. Nur der Arbeitsgemeinschaftler Rosenquist zeigte keine krazbürtige Seite. Angeblieh weil sich der ihm widerwärtige Konsumverein vor der Steuer drückte. Engstirniger Junstgeißt umnachtete des Handwerksmeisters bekannte Draufgängerhethorik. Dieser kleinräumige Sinn suchte in seiner blinden Wut gegen alles, was Arbeiter geschaffen, schon bei Beratung der Senatsvorlage über soziale Fürsorge ein Aufschob. Dort behauptete der Mann, die Klein- und Altrentner würden zu kurz kommen, weil sie nicht so „auftrumpfen“ könnten wie andere Organisationen. Es gibt eben Leute, die die Nacht lieben und es muß auch solche Ränge geben. Als Handwerksammerpräsident mußte natürlich auch der Demokrat Herr Böie seine Abneigung gegen den Konsumverein bezeugen.

Der Grund, weshalb die Rechtsparteiler so seelenvergnügt ihr schweres Herz zu der Vorlage öffneten, ist natürlich keine natürliche Freude über Staatsbürgerliche Pflicht, sondern die Angst vor der sozialdemokratischen Forderung, die ein und zwei Jahre nachträglich erhobene Steuer der Geldentwertung entsprechend zu begleichen. Genosse Dr. Leber machte auf den Widerstand einer derartigen Begünstigung steuerfähiger Bürger aufmerksam und forderte eine Begleichung dieser Steuer genau so gut, wie sie die Lohn- und Gehaltsempfänger begleichen müssen. Da die Kommunisten als prinzipielle Gegner der Gewerbesteuer den Rechtsparteilern die Wage hielten und Senator Dr. Raikbrenner eine Beschwörungsformel in den Saal warf, hatte der sozialdemokratische Antrag vorerst keine Erfolgsaussicht. Er wird aber dem Haushaltsauschuss zur Nachprüfung unterbreitet.

Recht eigenartige Verhältnisse im Allgemeinen Krankenhaus beleuchtete Genosse W. Löwigt bei der Wiedergabe des Ausschussberichts über die Behandlung eines Strafgefangenen Neumann. Die Allgemeinheit der Verzele scheint in diesem speziellen Falle denn doch den Höhepunkt überschritten zu haben. Diese Art Disziplinargewalt darf sich nicht wiederholen.

Kommunistische Eigenart ist es, sich an Mitgliedern unserer Fraktion persönlich zu reiben. Als Genosse Dr. Leber die „kritischen“ Verbesserungen der stenographischen Protokolle kritisierte, glaubte sich Heilborn berufen, ihn der Verleumdung zu zeihen. Der Wortführer Genosse Ehlers, der die Wagen mehrmals gestülpte, mußte den kommunistischen Sprecher mit einem Dankspruch zurechtweisen.

Die Uhr schlug gerade 10, als der 14. Antrag: Mittel zur Förderung des Wohnungsbaus und Erhöhung der Abgabe für diesen Zweck beraten wurde. Der Ausschuss, dessen Bekanntlich eine Ermäßigung der Forderung auf 100 statt 200 vom Tausend, wie sie der Senat vorgeschlagen hatte. Die Vorlage wurde im ersten Teil mit Zweidrittel-Mehrheit angenommen. Ueber die im Senatsantrage geforderte Aufbringung weiterer Mittel zur Fortsetzung der Bautätigkeit behält sich der Ausschuss einen zweiten Bericht vor. Der zweite Nachtrag zum Grundsteuergesetz wurde mit einfacher Mehrheit angenommen, bedarf also der zweiten Lesung.

### Gemeinnütziges Bestattungswesen.

Der Ortsauschuss der Gewerkschaften hat mit den Genossenschaften, die ihre Entstehung den Bestrebungen zur Bewirtlichung der Gemeinwirtschaft verdanken, eine Gesellschaft mit 6. S. gebildet, um die Beerdigungen für die verstorbenen Mitglieder der angeschlossenen Verbände zu übernehmen. Am den Geschäftsbetrieb baldigst aufnehmen zu können, war zu Sonntag, dem 12. November eine Versammlung der in den Stadtbezirken gewählten Vertreter einberufen. Nach gründlicher Aussprache durch alle Anwesenden wurde beschlossen, einen Verein zu gründen, der in das Vereinsregister eingetragen werden soll. Der Zweck des Vereins ist, die Kosten der Beerdigung bei einem Sterbefall zu übernehmen. Da für die Beerdigung einer erwachsenen Person der Betrag von 20 000 Mark aufzuwenden ist, müssen von den Mitgliedern entsprechende Beiträge geleistet werden. Am bei Sterbefällen diese Beträge zur Verfügung zu haben. Die Beiträge sind zunächst auf 25 Mark pro Woche für eine Familie und 15 Mark für eine Einzelperson festgelegt. Bei diesen Beiträgen werden die Kosten der Beerdigung für Mann, Frau oder

Kinder bis 18 Jahre übernommen bis zu einem Höchstbetrage von 20 000 Mark. Bei der Aufnahme ist ein Eintrittsgeld zu zahlen, dessen Höhe vom Vorstand und Kontrollauschuss des Vereins bestimmt wird. Alle Personen ohne Unterschied des Alters können bis 1. Januar 1923 ihren Beitritt erklären. Eheleute über 60 Jahre haben als Einzelpersonen beizutreten und dementsprechend die Beiträge zu zahlen. Diese Einrichtung ist geschaffen, um bei allen Sterbefällen sofort helfend eingreifen zu können. Die Karenzzeit ist auf einen Monat festgelegt. Als Stichtag ist der 21. Dezember festgelegt worden. Wer einen Monat vor diesem Datum eingetreten ist, soll der Leistungen des Vereins teilhaftig werden. Nach dem 1. Januar ist eine längere Karenzzeit für den Unterfall vorsehen. Die Aufnahmebeiträge sind vom Sonnabend, dem 18. November ab bei den Gewerkschaften, in den Geschäftsräumen der Genossenschaften, Mengestraße 28 und Humboldtstraße 31, sowie in den Verkaufsstellen des Konsumvereins zu haben. Der Verein führt den Namen: Rotgemeinschaft von 1922 zu Lübeck.

Und des General-Anzeigers Kuppelpatz? Man schreibt uns: In der Kuppel-Ecke des General-Anzeigers prangte gestern folgendes interessante Inserat:

„Zwecks Heirat sucht vermögender Südländer von großer, elegant., repräsentativer Erscheinung mit qualifizierter Dame oder Witwe bekannt zu werden. Gebl. Zuschriften an ufm. Hotel... Lübeck.“

Man überlege: Jemand ein Ausländer ist in irgend einem Hotel ab und läßt ein solches Inserat los. Welche Absicht kann er dabei haben? In 80 von 100 Fällen handelt es sich bei solchen Inseraten um einfache Galan — entweder mit liebevollen Absichten auf Vermögen und Schmutz heizungslustiger Damen oder Witwen, oder — harmloser — mit ebenso liebevollen Absichten auf die Liebe dieser Damen. Denn, daß ein Ausländer ausgerechnet nach Lübeck oder Rostock oder in sonst eine Provinzstadt fährt, um nach einigen Tagen mit irgend jemandem sich zu verheiraten, wer glaubt das? Das Traurigste bei solcher Sache ist, daß die bürgerliche Presse immer noch, trotz der vielfachen Warnungen, ihren Inseratenpreis für so zweifelhafte Inserate herabsetzt. Es ist die alte Geschichte: Bürgerliche Moralisererei fängt beim leiblichen Nächsten an, und bürgerliche Moral hört beim eigenen Gebbeutel auf!

Gutscheine für den Bezug verbilligter Feuerung und Kartoffeln werden vom Wohlfahrtsamt noch vom 14. bis 17. November ausgeben. Es sollen nun auch diejenigen bedürftigen Kriegshinterbliebenen und Invalidenrentner, die die ihnen zustehende Menge Feuerung bisher nicht erhalten haben, berücksichtigt werden. Diese Ausgabe wird für diesen Winter die letzte sein. Zu spät gekommene Anträge können keinesfalls mehr berücksichtigt werden.

Ueber die Einziehung der Gasrechnungen wird uns von der Verwaltung des Betriebsamtes geschrieben: Um irtümliche Auffälligkeiten über das durch Senat und Bürgerschaft genehmigte neue Verfahren bei Einziehung der Beträge für Gas, Strom- und Wasser zu vermeiden, wird darauf hingewiesen, daß es jedem Abnehmer freisteht, die Beträge entweder in bar oder durch Scheck an den Eintassierer zu bezahlen oder durch die Bank zu überweisen. Abnehmer, die nicht sofort an den Eintassierer zahlen wollen oder können, wird eine Zahlungsfrist von 5 Tagen zugeteilt. Nach Ablauf dieser Zahlungsfrist wird im Nichtzahlungsfalle für jeden weiteren Gang des Eintassierers eine Gebühr von 25 M erhoben und kann nach wiederholter vergeblicher Mahnung die Einstellung der Lieferung erfolgen.

Notgemeinschaft. Der Reichsarbeitsminister hat mit den Spitzenorganisationen der verschiedenen Berufs- und Wirtschaftszweige die Durchführung einer Notgemeinschaft vereinbart, an deren Spitze sich der Reichspräsident, persönlich gestellt hat. Nachdem auch in Lübeck vorbereitende Besprechungen mit den in Betracht kommenden Kreisen deren Bereitwilligkeit zur Mitwirkung bei der Durchführung der Notgemeinschaft erweisen haben, wird am Donnerstag, dem 16. November, vormittags 9 Uhr, im Roten Saal des Rathauses zwecks Gründung eines Ortsauschusses Lübeck der Deutschen Notgemeinschaft eine Besprechung stattfinden.

Milchpende für bedürftige Kinder. Da die Notgemeinschaft erst im nächsten Monat ihre Tätigkeit aufnehmen dürfte, hat sich die Hansameierei bereit erklärt, bis Anfang nächsten Monats täglich 100 Liter Vollmilch für die Ernährung bedürftiger Kinder unentgeltlich bereit zu stellen, um der dringenden Not unter den Kindern zu steuern.

Die Vorhubs- und Spar-Vereins-Bank in Lübeck beschloß in der gestrigen Aufsichtssitzung der am 15. Dezember 1922 stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals um 10 000 000 M, also von 6 000 000 M auf 16 000 000 M. parzufolgen. Die neuen Aktien werden von einem Konjunktium übernommen und den alten Aktionären auf je 1 alte 1 neue Aktie zum Bezuge angeboten.

pb. Ein diebstahls Kleeblatt wurde festgenommen. Es sind zwei Verkäuferinnen aus Witten und ein Handlungsgehilfe aus Witten. Die eine hatte in Breslau einen Sommerpalast gestohlen, diesen ihrem Geliebten geschenkt. Dann reisten sie nach Lübeck. Hier fragte die eine in einem Geschäftshaus nach Arbeit. Sie benutzte diese Gelegenheit, um aus der Tasche eines Taktis, welches im Hause hing, eine Brieftasche mit 2830 Mark zu stehlen.

pb. 72 000 Mark gestohlen wurden einem finnischen Seemann. Im Verdacht, den Diebstahl ausgeführt zu haben, steht ein 18jäh-

riger Nietenwärmer und dessen Freund, der einen erheblichen Teil des Geldes abbekommen haben soll. Der Dieb wurde festgenommen. — Verhaftet wurde ein jugendlicher Arbeiter, der in einem Sack zwei wertvolle Treibriemen trug, die aus einer Fabrik in Schönberg gestohlen waren.

pb. Gestohlen wurden aus einer Gartenbude an der Moissinger Allee drei ziemlich ausgewachsene Rottländer Küken, sowie etwa ein halber Zentner Milchforn. — Ein Paket Kautabak im Werte von 3000 M wurde in einer Wirtschaft in der Großen Burgstraße gestohlen. — Mittels Einbruches sind in der Nacht zum 12. ds. Mts. in der Warendorfsstraße gestohlen worden: Eine goldene Brille, eine silberne Brosche, eine silberne Damenuhr, zwei Damenschirme, 4 Geldtaschen mit ungefähr 1100 M Bargeld, eine Brieftasche, 1 Scheckbuch der Spar- und Sparkassant, ein blaues Herrenjackett, eine Herrenwinterjoppe, silberne Schlüssel, ein Paar Lederhandschuhe, ein Paar Herren- und ein Paar Damenstiefel 2 Paar Damenhalschuhe, 8 Taschentücher, 4 Handtücher, eine Kanne, 2 Brotkrumen und diverse Nahrungsmittel. — Einem in der Brandenburger Landstraße wohnhaftem Maurer wurden ein halbgepöfelter Sack und 2500 M in bar gestohlen.

pb. Im Kausch. In der Nacht zum 11. ds. Mts. hatte ein Arbeiter eine Bierreise gemacht, nach der er so betrunken wurde, daß er sich an der Untertrasse hinlegte und einschlieft. Als er später erwachte, vermehrte er sein blaues Jackett, einen grauen Filzhut, einen braunen Überzieher und eine Taschenuhr; außerdem fehlten ihm 1000 M in bar, ein Mitgliedsbuch der Bauarbeiter und ein Verbandsbuch.

Vorwerk. Am Sonnabend abend hatten auch die Genossen in Vorwerk zu einer schlichten Revolutionsfeier eingeladen. Das Lokal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Genosse Böderl leitete die Feier mit einführenden Worten ein und erteilte dem Gen. Böderl zu seinem Vortrag das Wort. Dessen Ausführungen gipfelten in der Bedeutung des Tages und endeten mit einem dreifachen Hoch auf die Republik und dem Abdingen des Sozialfaschismus, in den begeistert eingestimmt wurde. Durch Gesang, Klavier- und sonstige Vorträge wurden die Teilnehmer noch lange zusammengehalten. Nebenher wurden durch gestiftete Geschenke für das Heim Vorwerk, für den Fahnenfonds einige Beträge und für den Pressefonds 480 Mark geopfert.

### Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Gewerkschaftsvorstände ADGB und Afa. Morgen gemeinschaftliche Sitzung. (Siehe heutige Anzeige.)

Großes Sinfonie-Konzert im Gewerkschaftshaus zum Besten des Fonds zur Linderung winterlicher Not. Das Lübecker Sinfonie- und Stadttheater-Orchester, das sich schon so oft ungenutzig in den Dienst der Wohltätigkeit stellte, veranstaltet am Donnerstag im Gewerkschaftshaus ein großes Konzert mit Wolfgang Martin als Dirigenten. Das Programm ist so interessant und schön, daß das Haus hoffentlich ausverkauft wird. Der Eintrittspreis ist ausnahmsweise auf 30 Mark festgelegt.

Sanja-Theater. Heute, Dienstag 7 1/2 Uhr: „So I mi ch de z Te u f e l“. Mittwoch: „Fledermaus“ mit Dir. Ernst Albest in der Rolle des „Frosch“ als Gast.

### Angrenzende Gebiete.

Stollsdorf. Der Gemeinderat hielt am vorigen Donnerstag eine Sitzung ab. Sämtliche Beschlüsse wurden fast einstimmig gefaßt. Nur das kommunistische Mitglied erlaubte sich hin und wieder einen Seitensprung. — Zur Unterföschung des Wohlfahrtsamts in Lütin sind in den Gemeinden Pflegeauschüsse zu bilden. Die betr. Satzungen wurden angenommen. Folgende Ausschussmitglieder sind gemählt: Pastor Vietig, Hauptlehrer Lehne, Lehrer Westphal, Dr. Kiel, Gemeindehausverwalter Benarber, Arbeiter Brüß, Frau Govers, Frau Gebamme Drews und die Gemeindevorsteher. — Die Vergütung für die Reinigung und Heizung in den Schulen wurde für die Klasse auf monatlich 500 Mk. festgelegt. Der Gemeinderat verallgemeinerte den Wunsch einer Reimmachefrau, die nicht mehr verlangt hatte, und konnte sich aus eigenem Antrieb nicht dazu aufschwingen, mindestens die doppelten Sätze zu bewilligen. — Der Arbeiterturnverein und der Sportverein hatten verschiedene Anträge bezgl. des Sportplatzes gestellt. Die Volksgartenkommission unter Hinweisung der Vereinsvorstände und der Vertreter der Lehrerschaft wird an Ort und Stelle die Anträge prüfen und darüber berichten. — In der Gemeindefasse ist dauernd Ebbe. Die Regierung verlangt, daß die Gemeinde die ihr verbliebene Steuerquelle ausnützt, widrigenfalls verweigert sie bei der Aufnahme einer Anleihe die Genehmigung. Unter dem Einfluß dieser Zwangslage stimmte die Gemeindevorstellung der Hebung eines Zuschlages zur Gewerbesteuer und zur Grund- und Gebäudesteuer zu. Gewerbetreibende, die im Jahre 1921 ein Einkommen unter 25 000 Mark versteuerten, bleiben von dem dreifachen Gewerbesteuerzuschlag befreit. — Die Miete für Lichtzähler wurde auf 3 Mk. und für Kraftzähler auf 6 Mark erhöht. Eine Sinaufhebung auf 5 und 10 Mark wäre wirtschaftlich zu rechtfertigen. Die Straßenbeleuchtung wird für diesen Winter eingestellt. — Für die Gemeindevorstellungen wurde eine Friedensmiete festgelegt. Sie gilt als Grundlage bei der Berechnung des jetzigen Mietwertes. Die reichhaltige Tagesordnung war erst in später Abendstunde erschöpft.

## Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 13. November.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Vorsitzende des Vorkommens Ausschusses, Haut, den Bericht über die beantragte Aufhebung der Immunität gegen das Bürgerchaftsmittglied Kehljen. Der Grund ist ein Vorkommnis auf dem Wiedereinigungsamt. Der Vorkommensauschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages. Die Bürgerschaft stimmt dem zu.

Erster Nachtrag zum Jagdgesetz. — Stahlischmidt (3.) fordert erhöhte Gebühren. — Brechner (Soz.) wünscht erneute Durchsicht des Jagdgesetzes. Die Regale müßten auf den Staat übertragbar werden. Die Abgabe von 10 resp. 5 Pfg. pro Hektar bestehe heute noch. Die Einnahme aus der Jagdabgabe habe nur 2000 Mk. mehr ergeben. Sie könnte ebenso gut 2 Millionen ergeben, mit denen man die Baugewerkschule erhalten könnte. Redner stellt einen Antrag auf Revision des Jagdgesetzes. Eine Erhöhung der Jagdarten auf 5000, der Jagdarten auf 1000 Mark wäre angemessen. — Senator Mehrlein erklärte, die Sachverständigen hätten sich gegen eine so starke Erhöhung ausgesprochen. Preußen und Mecklenburg hätten niedrigere Sätze. Eine Revision sei jedoch angemessen. — Rosenzweig (Komm.) lehnt die Vorlage ab und beantragt höhere Sätze, mit Ausnahme für die Bewohner von Travemünde. — Sefti (Urbg.): Wenn die Jagdfreunde 50 000 Mk. für eine Flinte ausgeben können, sind

sie auch in der Lage, mehr für die Jagd auszugeben. — Henz (Df.) empfiehlt die Annahme des Senatsantrages, um nicht Sonntagsjäger zu züchten. — Rosch (Komm.) stimmt den Anträgen Henz zu, merkt aber auch dagegen, daß die Landwirte alleiniges Jägungsrecht erhalten. — Der Senatsantrag wird mit den Abänderungen Rosenzweigs angenommen. Angenommen wird auch das Ersuchen Rehmers auf Revision des Gesetzes.

Verlegung und Instandsetzung der Burgfeld-Baraden 18 und 19 und der dortigen Viegehallen. — Ab. Löwigt (Soz.) erklärt, der Ausschuss empfehle dem Senatsantrag zu entsprechen und die Baraden auf dem St. Gertrud-Kirchhof zu errichten. — Die Vorlage wird angenommen.

Mittel für Zwecke der sozialen Fürsorge. — Hiermit verbunden wird ein Antrag Ball (Df.) auf Verbesserung der Kleinentersfürsorge. — Rosenzweig (Komm.) spricht in diesem Sinne. — Rat Dr. Vint betont, für die Kriegsoffer werde das möglichste getan. Senat und Bürgerschaft hätten mehr geleistet, als das Reich gebe. Lübeck habe sich bislang auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge und der anderen sozialen Fürsorge, insbesondere für Klein- und Altrentner, noch von fernem Lande überholen lassen. Der Senat befinde sich gerade jetzt mit einer Vorlage, die 12 Millionen für Verbilligung von Feuerung, 8 für Gas, 7, 8 für Kartoffeln usw. an Bedürftige vorsehe. — Frau Greve

(Komm.) hält die Sache für unzureichend. Neben der Geldbeihilfe müßte für Kleidung und Schuhe gesorgt werden. Auch Wolltischen und Wärmehüllen seien zu errichten. — Senator Hoff: Diese Anregungen wurden im Wohlfahrtsamt geprüft. Vorderhand genügen die bisher geschaffenen Einrichtungen. Zuschüsse für Kleider und Schuhe werden bei Bedürftigkeit gegeben; auch sind bereits Kleider und Schuhe für diese Zwecke angeschafft. Wärmehüllen sollen erst im Sinne der Anfrage der Vorrednerin in Schulräumen errichtet werden. — Rosenquift (Arbg.) wünscht vor allen Dingen, daß sich nicht so heranzubringeln versuchen. — Rat Dr. Link: Diese Kreise wurden bisher ebenfalls nicht vergessen. Sie wurden durch die Verbände erfasst. — Nidel (Komm.) hält die baren Beihilfen für viel zu gering. Den Erwerbslosen müsse mehr geholfen werden. Sie jordenzien Vertretung bei den Behörden. — Senator Dr. Vermehren: Der Senat hat unseren Gesandten beauftragt, mit allem Nachdruck für die Erhöhung der Erwerbslosenbezüge beim Reich einzutreten. Es ist ihm auch gelungen. Auch für eine beschleunigte Beratung einer Arbeitslosenversicherung ist unser Gesandter mit Erfolg eingetreten. — John (Soz.) betont, daß Lübeck in der sozialen Fürsorge anderen Staaten weit überlegen ist. Andere Staaten nehmen sich Lübeck gerade zum Muster. Der Kreis der Fürsorge sei weit gezogen. Allerdings müßte der Apparat der Kriegsbeschädigtenfürsorge abgebaut werden. Mit den Ersparnissen könnte man die Unterhaltungen erhöhen. Die sozialdemokratische Fraktion habe sich mit allen sozialen Fürsorgemaßnahmen befaßt und sei bereit, in weitestem Maße zu helfen. Dagegen hätten die Kommunisten es abgelehnt, praktisch mitzuarbeiten und keine Beiträge zur produktiven Arbeitsfürsorge geleistet. Es werde sich fragen, ob die Kommunisten überhaupt geneigt seien, durch Beiträge die Hilfe des Staates für die soziale Fürsorge zu unterstützen. — Haut (Soz.) erkennt die unzulänglichen Sätze der Erwerbslosenfürsorge an. Das liege aber am Reich, auf das erneut eingewirkt werden müsse. Die ganze Frage der sozialen Fürsorge sei in erster Linie eine finanzielle Frage. Dem Staate müßten die Mittel gegeben werden. Diese lehnten die Kommunisten stets ab, dafür hielten sie schöne Reden. Auch der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband handle nach diesem Prinzip und lehne die Beiträge für die produktive Arbeitsfürsorge ab. Erfolgreich könne man nur vorgehen, wenn alle Kreise auch den Worten die Tat folgen ließen. — Nidel (Komm.): Wir sind gewillt, die Mittel aufzubringen. Dazu gehört die Erlassung der Sachverhalte. — Rosenquift (Arbg.) und Holl (M.) wenden sich gegen die Ausführungen Hauts. Die meisten hätten die Beiträge ihres geringen Einkommens wegen verweigert. — Haut (Soz.): Die Leitung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes hat wie die Kommunisten geistlich die Beiträge zur produktiven Arbeitsfürsorge verweigert. Das soziale Gesicht des Herrn Holl erahnt sich auch daraus, daß er sich gegen die Erlassung jüngerer Angehöriger bei der Landesversicherungsanstalt wendet, weil es Wohlwollen seines Verbandes wären. Dagegen müßten ältere Angestellte gehen. — Dreger (Soz.): Staatliche und private Fürsorge müssen sich in dieser schweren Zeit ergänzen. Der gesunde Sinn der Arbeiter wird sich auch der Erwerbslosen annehmen. Dabei fürchten wir die Kapitulation der Kommunisten nicht. Selbst Mitglieder dieser Partei stehen der produktiven Arbeitsfürsorge impenitent gegenüber. Ueber das oärende Urteil kann man mit Herrn Nidel nicht streiten. Festgestellt ist aber, daß die Kommunisten erklärten, die Erlassung der Sachverhalte sei nicht ihrer Initiative erfordern, sondern der Sozialdemokratie. — Der Senatsantrag wird angenommen.

**Bereitstellung von Mitteln für die öffentliche Kinderernährungsfürsorge.** — Frau Greve (Komm.) begrüßt die Vorlage. Das Essen für die Kinder sei gut, nur müßte es eigentlich allen Volks- und Mittelschulkindern zu Gute kommen. Es gebe aber noch Rektoren, die kein Verständnis für die Lage hätten. Der Leiter der 4. St.-Dorens-Schule behauptete, er könne keinen Schulkindern nicht die Zeit nehmen, um das Essen zu kochen. Der Mann wolle nicht mehr auf seinen Kosten. — Senator Tromme: Das Essen muß nur von denjenigen Eltern bezahlt werden, die dazu in der Lage sind. Wegen Krawall an Mitteln hat das Landratsamt noch kein Kind zurückgewiesen. — Frau Menzel (Soz.): Frau Greve muß wissen, daß Kinder von großen Familien das Essen unentgeltlich erhalten. Die Senatsvorlage wird angenommen. Der Antrag Greve auf Bereitstellung von Mitteln zur unentgeltlichen Schulernährung wird abgelehnt.

**Schlichtung eines Enkel- und Nichteinvernehmens in Salmuth.** — Dr. Gebhard (M.) behauptet, daß die kaiserlichen Mittel zur Errichtung eines Stabions fehlen. Die Anwesenheit der Kleinstadträte müßten bei Errichtung von Enkelstätten berücksichtigt werden. — Nidel (Komm.) fordert bei Berechnung von Enkelstätten gleichzeitige Berücksichtigung der Arbeiterkinder wie der Bürgerkinder. — Der Senatsantrag wird angenommen.

**Antrag von Dr. Gebhard:** Die Bürgerrechte hinsichtlich An dem Zeit werdenden Anwesenheiten sind mindestens zwei Räume für Anwesenheiten der Bürgerrechte herzustellen; außerdem sind für die Fraktionen Beratungskammern mit einfacher Ausstattung zur Verfügung zu stellen. — Der Senatsantrag wird angenommen.

det sein Ersuchen, das in bestimmten Grenzen von verschiedenen Fraktionsrednern unterstützt wird, soweit es die Raumnot zuläßt. — Der Antrag wird angenommen.

**Antrag des ständigen Ausschusses für Unterricht, Kunst und Wissenschaft:** Die Bürgerrechte esucht den Senat, die Verwaltung sämtlicher Turnhallen Lübecks in die Hand des städtischen Turnwartes zu legen. — Dr. Vietz (Soz.) verweist darauf, daß die Turnhallen der höheren Schulen zu reich ausgestattet sind und daß die Turngeräte gleichmäßiger verteilt werden. Zu bedauern sei, daß der Senat die vielen Fragen des Ausschusses nicht genügend unterstütze. Insbesondere sei eine Antwort über die Schülerfrequenz an höheren Schulen noch nicht erfolgt. — Senator Dr. Vermehren entkündigt dies durch die große Arbeitslast der Oberbehörden. — Nidel (Komm.) fordert endlich Schaffung von Elternbeiräten und rügt, daß der Komm. Partei kein Schulzimmer zur Abhaltung eines Kurzes freigegeben wurde. — Dr. Vietz (Soz.) bedauert die mangelhafte Antwort des Senats. — Der Antrag wird angenommen.

**Mündlicher Bericht des Ausschusses für Wahl-, Arbeits- und Gesundheitspflege über den zur Prüfung überwiegenen Fall Neumann.** — Dr. Löwig (Soz.) gibt Auskunft über die Ausschussberatung. Er habe festgestellt, daß Neumann im Krankenhaus vorjährigswidrig behandelt worden sei. Die Art und Weise seines Abtransportes sei ungebührlich gewesen. Die Feuerwehrlente hätten den Abtransport verweigert. Die übrigen Kranken, die sich gegen das ärztliche Anordnungsverfahren wandten, wurden disziplinarisch entlassen. Der Ausschuss sei der Ansicht, daß sich derartige Vorfälle nicht wiederholen dürfen. Jeder Kranke müsse als Kranker behandelt werden, auch wenn er Staatsgefängnis sei. — Nidel (Komm.) betont, Mühsände seien im Krankenhaus heute noch vorhanden. Redner stellt den Antrag: Dr. Koth, Dr. Koel und Dr. Thiele sofort von ihren Ämtern am Allgemeinen Krankenhaus zu entfernen und Strafantrag gegen sie wegen Körperverletzung zu stellen. Zweiter mündlicher Bericht des Ausschusses zur Untersuchung und Vernehmung, insoweit die am 24. Oktober 1921 bewilligten 1.000.000 M. bzw. 1.800.000 M. zum ausschließlichen Verbilligung von Kartoffeln für Minderbemittelte verwendet werden. — Pape (Arbg.): Der Ausschuss betrachte den Antrag für erledigt, persönlich bedauere er, daß zu gegebener Zeit die Heimgeländchen fehlten.

**Rechtshilfe der Gehörten und Minderen durch die Behörden.** — Kaschahm (Soz.) und Evers (M.) und Dr. Haut beantragen Befreiung der Vorlage. — Senf (M.) fordert erhöhtes Friderich für Autos an der Herrenbrücke. — Senator Dr. Kalkbrenner wünscht sofortige Berücksichtigung der Vorlage. Die Ausgaben des Staates erhöhen eine weite Handhabung der Behörden. — Heilborn (Komm.) glaubt, daß durch dieses Gesetz eine Ausländerung der Massen vor sich gehe. Die Bürgerrechte dürfe sich das Recht der Gehörtenverletzung nicht aus der Hand gehen. — Der Antrag Kaschahm, Kalkbrenner und Senf wird bis zum 31. Dezember 1924 mit dem Senatsantrag angenommen.

**Erhöhung der Gewerbesteuer.** — Boie (Dem.) stimmt der Vorlage trotz großer Bedenken zu. Die Not des Staates erhöhe es. Es müßten aber weitere Kreise zu dieser Steuer herangezogen werden. R. K. müßten Rahnentechniker diese Steuer bezahlen, nicht aber Rabaräre. Eine Revision der Gewerbesteuer sei notwendig, unangenehm aber deren rückwirkende Kraft. Für den Staat wie für die Bezahler sei die frühere Art der Steuer schmerzhaft. Der Redner geht dann auf die Verhältnisse der Reichsgemeinden der Handelskammer über den Versteher ein. Der Konsumverein habe sich nicht weiter um die Denkfähigkeit der Kaufleute kümmert. Die Handelskammer gebe dunklen Elementen keine Berücksichtigung, wie in der vorigen Sitzung von sozialdemokratischer Seite betont worden sei. Die Handelskammer bestimme sich nicht um den Konsumverein, wohl aber werde sie sich gegen die Gewerbesteuerfreiheit des Konsumvereins. — Senator Dr. Vermehren: Die Befreiung der Gewerbesteuer hat zwar einen unangenehmen Charakter. — Dr. Leber (Soz.) wendet sich gegen grundsätzliche Forderungen des Nationalsozialismus wie sie von Dr. v. Proffen und Heilborn vorgetragen wurden. Die Vorleser des Senats sei sehr weltfremd. Die Gewerbesteuer von 1921 werde erst im Februar oder März 1922 erhoben. Nun bestimme der Senat nur einen 80proz. Service Erhöhung, die erst im Jahre 1924 erhoben werde. Die Vorleser werde bei Berücksichtigung des Einkommens und der Geldentwertung nicht gerecht. Das habe auch Herr Boie ein. Dem Staat dürfe nicht im entwerteten Papier bezahlt werden. Die Steuer müsse dem Geldwerte zur Zeit der Veranlagung entsprechen. Seine Fraktion beantrage, die Vorleser dem Nationalsozialismus zu überweisen. Dieser müsse darauf achten, daß dem Staate nicht immer mit entwertetem Gelde bezahlt werde. Im Konsumverein liegt die Sünde an sich müßten erheblich erhöht werden. — Senator Dr. Vermehren erklärt, daß durch Abschluß der Vorleser das Geschäft gemacht werde. Die Steuererhöhungen seien für alle gleichmäßig. — Rosenquift (Arbg.) sagt gegen die Steuer Erhöhung an, während Erhöhung und Nationalsozialismus

sich um diese Steuer drücken. — John (Soz.) erklärt, die Handelskammer habe telephonisch dem Konsumverein eine ablehnende Antwort im Devisenkauf gegeben. Die Handelskammer müsse wissen, daß ein so großes Unternehmen wie der Konsumverein Lebensmittel im Ausland kauft. Ein Jertum liege beiderseits vor. Daß der Konsumverein als tätig empfunden werde, zeigten die Ausführungen Rosenquifts. Der Konsumverein bezahle keine Umsatzsteuer auf Heller und Pfennig, während man bei den anderen Unternehmungen bis zu 40 Prozent hinterzogen wurde. Der Konsumverein werde sogar von einzelnen Lehrern bekämpft. Der Redner wendet sich ferner gegen die Ausführungen Kappes in der letzten Sitzung und hebt hierin ebenfalls eine Bekämpfung des Konsumvereins in Kreisen der Gewerbetreibenden. Der Konsumverein habe nachweislich die Not der Befreiung lindern helfen. — Heilborn (Komm.) erinnert die von Dr. Leber angeordnete Befreiung des Konsumvereins. Dieser Konsum sei eine Unverschämtheit. Die Gewerbesteuer müsse jeder vor. Die Gewerbesteuer lehne seine Fraktion ihrer Abwälzung wegen ab. Man solle das Geld von denen nehmen, die den Höchsten des Verdienstes erbracht hätten. Die Schwere müßten erhöht werden. — Senf (M.) hält Abänderungen des Gesetzes für notwendig. Seine Fraktion könne schwerer Herzens der Vorlage zu, weil der Staat Mittel brauche. Notwendig sei eine Änderung der Verhältnisse kaiserlicher Güter. Die Landwirtschaft könne die Erhöhung nicht tragen. — Senator Dr. Kalkbrenner erklärt, der Senat habe mit seinen Vorlesern der Steuerfrage die Mittel einbehalten. Eine vollkommene Steuer sei kaum zu ermitteln. Schließlich könne man auch eine weitere Steuererhöhung erheben. — W. a. b. e. (Dem.) findet die Vorschläge Dr. Lebers wenig schlüssig und verteidigt diejenigen seines Fraktionsfreundes Boie. Die Vorwürfe müßten an das Finanzamt gerichtet werden, das eine Veranlagung zu schaffen habe, um die Steuer sofort erheben zu können. Kommissionsberatung würde die Erhebung nur verzögern. Eine Revision des Gesetzes sei notwendig, insbesondere sei die unterste Grenze von 20.000 M. nicht aufrecht zu erhalten. — Dr. Leber (Soz.) weist die Angriffe Heilborns zurück. Die Hauptfrage in der vorletzten Sitzung seien bei den Kommunisten gewesen. Heilborn habe nicht den Mut gefunden, seine Stenogrammänderung zuzugeben. Zum Gewerbesteuergesetz erklärt der Redner, daß es wohl einen Weg gebe, die Steuer sofort zu erheben. Auch bei den Arbeitern habe man ihn gefunden. Was bei den Lohn- und Gehaltsempfängern möglich sei, müsse auch bei den Gewerbetreibenden möglich sein. Man könne auf Grund der Einkommensteuer die zu zahlende Gewerbesteuer festlegen und dann über die Zuschläge der Geldentwertung entsprechend beschließen. Die Vorlage soll dem Haushaltsausschuss überwiesen werden. Dieser muß einen Weg finden, um die Geldentwertung wettzumachen. — Senator Dr. Vermehren: Der Staat hat das größte Interesse für rasches Eingehen der Steuer. Das ist nur möglich, wenn dem Vorschlag des Senats entsprochen wird. — P. u. s. (Soz.) geht auf die Neuierungen Boies ein. Es sei unangenehm, daß die freien Berufe und die Landwirtschaft von der Gewerbesteuer befreit seien. Die sozialdemokratische Fraktion habe früher schon betont, daß sie mit sich reden lasse, sobald die vorher erwähnten Berufe zur Gewerbesteuer herangezogen würden. — Boie (Dem.) wendet sich gegen die Steuererhöhung nach dem Stande der Geldentwertung. — Rosenquift (Arbg.) erklärt, der Konsumverein sei ihm widerwärtig, weil dessen Führer der Volks Sand in die Augen streuten. Die Gewerbetreibenden müßten nicht so genau, was sie verdienen, wie die Arbeiter. — Dr. Leber (Soz.): Da sich die Kommunisten mit den Bürgerlichen geeinigt haben, ziehen wir unseren Antrag zurück, fordern aber nach Ausnahme des Senatsantrages, daß das Gesetz dem Haushaltsausschuss zur Nachprüfung überwiesen wird. — Dieses Gesuch wird mit dem Senatsantrag angenommen. — Heilborn (Komm.) erklärt, daß er nur stillschweigende Korrekturen an amtlichen Stenogrammen vorgenommen habe. Dr. Leber sei ein Verleumder. — Der Wortführer ruft den Redner wegen dieser Äußerung zur Ordnung.

Ohne oder mit unwesentlicher Debatte wurden folgende Senatsanträge angenommen: Verwendung von Mitteln aus dem Grundbesitz zur Automobilsicherung der Feuerwehr. — Erlass eines Gesetzes, betr. das Rechtsmittelverfahren in lübeckischen Landesabgabenachen. — Erhöhung der Unterhaltungskosten für das von Verries-Stift. — Verstaatlichung der Frauengewerbeschule. — Beschaffung von Einrichtungsgegenständen für das Biologiezimmer des Katharineums. — Erhöhung des Staatsauschusses an die Krankenkasse für Lübeckische Beamte und die Polizeivorkantkassen.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. F. Leber für Freiheit Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer für Inzerate Heinrich Steinberg. Verlag: Friedrich Meyer & Co. Lübeck.

**„Henko“** Weiche mit Soda, zum Einweichen der Wäsche und für den Hausputz.

**Henko** die Wäsche ein

Alleinige Hersteller: **Denck & Co., Düsseldorf**

**Amtlicher Teil.**

**Handelsregister.**

Am 18. November 1922 ist eingetragen 1. die Firma **Neumann Goldschmidt & Co.** Lübeck. Offene Handelsgesellschaft. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Kaufmann Neumann Goldschmidt und Juwelier Leo Ahlstedt, beide in Lübeck. Die Gesellschaft hat am 1. November 1922 begonnen; 2. bei der Firma **Louis Borg**, Nähmittel-Fabrik, Lübeck. Die Firma ist erledigt. Lübeck. (334) Das Amtsgericht, Abt. II.

Gleichzeitig tritt ein Nachtrag zur Gebührenordnung der Schlesendampfer der Kaufmannschaft vom 1. Oktober 1922 in Kraft (Zahlungsbedingungen, neue Ziffer 6 der Allgemeinen Bestimmungen).

Abdrücke der geltenden Betriebsordnung vom 13. November 1922 einschließlich des Nachtrages zur Gebührenordnung vom gleichen Tage sind bei der Schlesendampfer-Kasse Nr. Altesfähre 20/22 und bei der Kasse der Kaufmannschaft, Breite Straße 6 gegen Erstattung der Selbstkosten von Mk. 10.— für das Stück zu haben.

Lübeck, den 13. November 1922.  
Der Schlesendampfer-Vereinsrat  
der Handelskammer.

**Tatsachen beweisen**

daß **Schildstr. 5**

stets für Lumpen, Papier, Eisen, Knochen, Metalle, sowie sämtliche Zelle, Pferde- und Krollhaare die höchsten Preise zahlt

**J. Lissauer,**  
Schulstraße 5. 9344

**Rekordpreise**

nur Mittwoch, den 15. November  
von 10—4 Uhr:  
Ankauf von ausgefärbtem

**Frauenhaar**

1 kilo 2000 M., 100 Gr. 200 M.

bei Friseur **Dreydoppel**  
Glockengießerstr. 7. (9351)

**Berufung der Kaufmannschaft**

am Dienstag, 21. November 1922, nachmittags 6 Uhr in der Börse.

Tagesordnung:  
**Binderung der Winternot.**  
Lübeck, den 13. November 1922. (9339)  
Die Handelskammer.

**Bekanntmachung.**

Mit dem heutigen Tage ist eine neue Betriebsordnung der Schlesendampfer der Kaufmannschaft (Arbeitsbedingungen der Handelskammer) in Kraft getreten. Die bisherige Betriebsordnung vom 1. Januar 1920 wird gleichzeitig außer Kraft gesetzt.

**Nichtamtlicher Teil.**

**Vermietung von Lagerräumen.**

Die 2. Et. nicht ausgefüllte Lagerräume des Feuerschops sind von sofort ab zu vermieten. Gültige Bauordnung.

Kaufmann **Stinckmann**, 15, Zimmer 6.  
Lübeck, den 2. November 1922. (9314)  
Zinsangehörige.

**Pelze** werden modern und schnell angefertigt. (9315)  
B. Wagner, Goltzstr. 8.

**Felle**

kennt höchst zahlend **15.33 Frankenthal**  
Bergerstraße 53. Tel. 8641. 9338

**Haare**

Millionenfach erprobt

**Salomba**

Wäscht sparsam, bequem und schnell

Schumann & Wille, Wittenberg.